

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Kedaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Peitzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 79.

Sonnabend, den 5. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

„Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht.“

Die ungeheure Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, welche die Wehrvorlage fordert — es handelt sich bekanntlich darum, die Zahl der Gemeinen und Gefreiten um 170 000, die der Unteroffiziere um 150 000 und die der Offiziere um 4000 zu vermehren —, hat eine höchst merkwürdige offizielle Begründung gefunden. Es wird da ausgeführt: die Stärke unseres Heeres habe mit dem Wachstum unserer Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten; Teile der wehrkräftigen Bevölkerung bleiben gegenwärtig für den Wasserdienst unausgebildet; die allgemeine Wehrpflicht sei aber die „bewährteste Grundlage für Deutschlands Stärke“; nur wenn sie verwirklicht bleibe, könne Deutschland „mit dem sicheren Gefühl erfüllter Pflicht und feitem Vertrauen der Zukunft entgegensehen“; dann bleibe auch die Armee jung und „wir seien nicht genötigt, im Kriegsjahr ältere Jahrgänge, Männer mit Frau und Kind, sofort in die erste Linie an den Feind zu führen, während junge, diensttaugliche Mannschaft zurückbleibt und beim Eintritt der Gefahr erst ausgebildet werden muß“. Leitender Gedanke der Vorlage sei deshalb „der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Stande der Bevölkerung.“

Es verlohnt sich wohl, diese allgemeinen Sentiments scharf kritisch zu betrachten. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: haben wir denn bereits die allgemeine Wehrpflicht in des Wortes wahrer und voller Bedeutung? Ist unser Heer ein wirkliches Volkshier? Unsere Militaristen zwar behaupten das, aber es muß entschieden bestritten werden, als der Wahrheit widersprechend.

Abgesehen davon, daß das stehende Heer einen Staat in Staat mit eigener Verfassung, eigenen Gesetzen und eigenem Geist bildet, daß es möglichst losgelöst ist von den Beziehungen zu den Bürgern, kommt in Betracht, daß die verschiedenen Schichten der Bevölkerung an der Erfüllung der Wehrpflicht in höchst ungleicher Weise beteiligt sind. Dem Adel ist, zwar nicht gesetzlich, aber doch tatsächlich das Vorrecht eingeräumt, die Offiziersstellen in ihrer überwiegenden Mehrheit zu besetzen, die Spitze eines Berufs-soldatentums zu bilden. Es ist Tatsache, daß das Junkertum im Heere eine oligarchische Herrschaft ausübt. Ausweislich der Rang- und Quartierlisten bilden bürgerliche Offiziere nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz. Viele Regimenter haben überhaupt keine bürgerlichen Offiziere.

Auch in dem Einjährig-Freiwilligen-System haben wir eine gesetzlich anerkannte und geregelte Ungleichheit der Wehrpflicht-Erfüllung.

Allerdings hat vor 100 Jahren, zurzeit der „Befreiungskriege“, das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht in Preußen eine gesetzliche Anerkennung gefunden. Unter dem Einfluß der für Deutschland und speziell für Preußen so schlimmen kriegerischen Erfolge des gekrönten Korbes verfielen Stein und Scharnhorst und andere ihnen gleichgestimmte Männer auf die Idee der wirklichen allgemeinen Dienstpflicht, welche an die Stelle der willkürlichen Aushebung treten sollte, so daß nicht mehr der Kriegsdienstverpflichtung „lediglich die Söhne der niederen Handwerker, der Bauern, der Tagelöhner und anderer gemeiner Leute“ unterworfen blieben. Der preussische König konnte sich jedoch nicht entschließen, der Ausübung dieser Idee zuzustimmen. Als aber im Jahre 1813 das Volk aufstand gegen Napoleon, erlangte Scharnhorst vom Könige die Genehmigung zur Errichtung von „Destamentsfreiwilliger Jäger“, deren Ausrüstung zum größten Teil aus freiwillig aufgetragenen Mitteln erfolgte. Was diese wirkliche Volkshier geleistet hat, ist bekannt. Die Konstriptions-Soldateska würde sicherlich nicht den Sieg über Bonaparte errungen haben.

Ein Jahr später, am 3. September 1815, wurde dann das preussische Gesetz vollzogen, welches den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ausspricht mit den Worten: „Jeder Eingeborene, sobald er das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat, ist zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.“ Dieser Grundsatz wurde aber zugleich durchbrochen mit der Bestimmung: „Junge Leute aus den gebildeten Ständen, die sich selbst kleiden und bewaffnen können, sollen die Erlaubnis bekommen, sich in die Jäger- und Schützenkorps aufnehmen zu lassen. Nach einer einjährigen Dienstzeit können sie zur Fortsetzung ihres Berufes auf ihr Verlangen beurlaubt werden. Nach den abgelaufenen drei Dienstjahren

treten sie in die Landwehr ersten Aufgebots, wo sie nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Verhältnisse die ersten Ansprüche auf die Offiziersstellen haben sollen.“

Damit war der Einjährig-Freiwilligendienst eingeführt. Später wurde dann ein förmliches Recht zur Ableistung eines nur ein Jahr dauernden Dienstes bei der Fahne begründet. Nach verschiedenen Wandlungen wurde dieses System im § 11 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. Dezember 1867 dahin geregelt: „Junge Leute von Bildung, welche sich während ihrer Dienstzeit selbst bekleiden, ausrüsten und verpflegen, und welche die gewonnenen Kenntnisse in dem erforderlichen Umfange dargelegt haben, werden schon nach einjähriger Dienstzeit im stehenden Heere zur Reserve entlassen. Sie können nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen zu Offiziersstellen der Reserve und Landwehr vorgeschlagen werden.“

Napoleon I. hatte den Grundsatz aufgestellt: „Der Loskauf vom Soldatenstande muß erlaubt sein. Bei einem Volke, dessen Existenz auf der Ungleichheit des Vermögens beruht, muß es den Reichen gestattet sein, sich einen Ersatzmann zu stellen.“ Das preussisch-deutsche Heerwesen kennt zwar keine Ersatzmänner, aber eine ganze Reihe hervorragender Militärschriftsteller hat offen bekundet, daß die Institution der Einjährig-Freiwilligen, die sich durch außerordentliche pekuniäre Opfer die sonst vorgeschriebene Dienstzeit verkürzen können, wenigstens ein Surrogat für die Ersatzmänner ist.

Wer behaupten möchte, daß diese Einrichtung vorkämlich ist und den Begriff der allgemeinen Wehrpflicht entspricht, würde sich damit sehr ins Unrecht setzen. Wir haben es da zu tun mit einer in jeder Hinsicht abzuweisenden Bevorzugung derjenigen jungen Leute, die auf „Bildung und Besitz“ sich berufen können.

Duende von Ausprüchen hervorragender militärischer Fachleute könnten wir erbringen dafür, daß das Maß von besonderer Bildung, welches für die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst in Anspruch genommen wird, rücksichtlich der militärischen Tüchtigkeit überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Diese Tüchtigkeit ist durchaus und völlig unabhängig davon, daß jemand die oberen Klassen höherer Lehranstalten besucht hat, womit er ohne weiteres die Berechtigung gewinnt, oder sich in besonderen Vorbereitungsanstalten hat notdürftig drillen lassen, um ein Examen ablegen zu können. Fest steht jedenfalls, daß das geistige Vermögen, die Fähigkeit und die Lust zu lernen, bei der Jugend der besitzlosen Klassen mindestens ebenso stark, wo nicht erheblich stärker ist, als bei der Jugend, die auf den Besitz pochen kann. Darin stimmen alle vorurteilsfreien militärischen Fachleute überein, daß für die Zwecke des Militärdienstes auf die Einjährig-Freiwilligenbildung gar nichts ankommt und daß die Massen der „gewöhnlichen“ Dienstpflichtigen, die ihre zwei oder drei Jahre aushalten müssen und keine Anwartschaft auf Offiziersstellen haben, ungleich tüchtiger sind, als die meisten der Herren Einjährigen.

Die praktische Bedeutung dieses Systems liegt lediglich darin, daß es eine Konzession an den Besitz bildet, denn dieser und nicht die „höhere Bildung“ ist der maßgebende Faktor. Ein junger Mann mag über eine noch so bedeutende wissenschaftliche Bildung verfügen, wenn er nicht das Geld dazu hat, sich selbst zu bekleiden, auszusrüsten und zu verpflegen, so muß er seine zwei oder drei Jahre abtun. Hingegen wird mancher recht beschränkte, nach allen Regeln der Kunst notdürftig dreifertete, aber über die erforderlichen Geldmittel verfügende Sprößling der „besseren und besten Gesellschaft“ Einjähriger und Reserve- und Landwehroffizier.

Während man dem Einjährigen Rücksichten auf sein Studium, seine wissenschaftliche Ausbildung, seinen Beruf zubilligt, greift der Militarismus rücksichtslos in die Bildungs- und Berufsinteressen, ja in die ganze wirtschaftliche Existenz derjenigen ein, die der allgemeinen Dienstpflicht genügen müssen.

In Frankreich hat man das nach preussisch-deutschem Muster eingeführte „volontariat d'un an“ als mit dem Begriff der politischen Gleichheit und der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar im Jahre 1905 wieder beseitigt. Seitdem müssen alle Franzosen ohne Unterschied zwei Jahre dienen, und jetzt ist ihnen ja die dreijährige Dienstzeit zugebaut. Mit der Beseitigung des Systems hat man in unserem Nachbarlande den Zweck verknüpft, die sich dazu eignenden jungen Leute bereits nach einem halben Jahre Dienstzeit zu Unteroffizieren und Offizieren auszubilden, die dem Offizierkorps des Beurlobtenstandes eingegliedert werden.

Auch bei uns ist in militärischen Kreisen schon öfter eine starke Neigung hervorgetreten, das Institut der Einjährig-Freiwilligen abzuschaffen. Diese Frage ist unter anderem gelegentlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit lebhaft erörtert worden. Die Sozialdemokratie hat die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligendienstes stets energisch gefordert. Aber die Regierung ist bis jetzt auf diese Anregungen und Forderungen nicht eingegangen; wäre sie geneigt, ihnen Rechnung zu tragen, so hätte sie das jetzt bei der Wehrvorlage tun können und müssen. Was sie in dieser Vorlage „Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht“ nennt, das ist tatsächlich nichts anderes, als ein Ausbau des herrschenden militärischen Systems, welches die Gleichheit der allgemeinen Wehrpflicht nicht kennt.

Erst wenn die Dienstzeit auf das unbedingt notwendige Maß herabgesetzt, die Institution des Einjährig-Freiwilligendienstes beseitigt und das Aufrücken zum Offiziersgrad jedem tüchtigen Wehrmann, der die Fähigkeiten dazu besitzt, gewährt und das ganze militärische System gründlich demokratisiert ist, kann von allgemeiner und gleicher Wehrpflicht, wie sie dem Volksinteresse entspricht, die Rede sein. Unvereinbar mit einer wirklichen, auf die Verteidigung des Vaterlandes gerichteten Volkshier, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt, ist die Herrschaft eines exklusiven Berufs-soldatentums. Für die Verteidigung des Vaterlandes bedarf es keines ständigen Korps von Offizieren und Unteroffizieren. Die Wehrfähigkeit muß ihre Wurzel haben in einer wirklich vorkämlichen und demokratischen militärischen Jugenderziehung, die engstens zu verbinden ist mit der Jugenderziehung überhaupt.

Einer der hervorragendsten Liberalen Staatsrechtler, Bluntzli, hat den Satz ausgesprochen: Ein Zwang, welcher die Individuen ohne Not aus ihren bürgerlichen Verhältnissen, aus ihrem Gewerbe, ihrer Wirtschaft, ihren Studien herausreißt und auf viele Jahre hin, die sie dem Militärdienst im stehenden Heere opfern müssen, entzweigt, sei „ein sehr bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit“. Mit einem solchen Eingriff haben wir es zu tun bei der jetzt bestehenden zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie und der dreijährigen für die Kavallerie. Es bedarf nicht des stehenden Heeres und nicht zwei- und dreijährigen Drills, um die Nation wehrfähig zu machen und zu erhalten.

Alle diese Fragen werden die Sozialdemokraten bei Beratung der Wehrvorlagen ganz ohne Zweifel wieder aufrollen.

Politische Rundschau

Deutschland.

Der Studentenstreik im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Beratung des Kultusetats fort. Zur Debatte stand das Kapitel: Universitäten. Den Mittelpunkt der Erörterung bildete der Klinikstreik, der im vorigen Sommer in Halle ausgebrochen war und der sich bekanntlich gegen die ausländischen Studenten richtete. Obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß die eigentlichen Beweggründe zu dem Vorgehen der Studenten unlauterer Natur sind, weil sie sich die Ausländer als lästige Konkurrenten vom Halbe halten wollen, bekam es die reaktionäre Mehrheit des Landtages fertig, die Studenten wegen ihrer nationalen Gesinnung zu loben, und auch der Kultusminister nahm sich, anstatt die jungen Herren an ihre Pflicht zu erinnern, im Grunde genommen ihrer an. Erklärte er doch, daß man vielleicht Bestimmungen erlassen müsse, um den Andrang russischer Studenten an deutschen Universitäten einzuschränken. — Den richtigen Ton traf Genosse Liebknecht, der darauf hinwies, daß es sich hier um eine durch und durch reaktionäre Bewegung handelt, die sich in letzter Linie gegen die russischen Juden richtet. Auch sonst zog Genosse Liebknecht treffende Vergleiche zwischen dem Verhalten der Behörden gegenüber Arbeitern und Studenten. An der Hand zahlreicher Beispiele wies er nach, wie wenig Idealismus unter der heutigen studierenden Jugend noch vorhanden ist. — Die Redner des schwarzblaunen Blocks taten darüber allerdings sehr entzweit; aber das ändert nichts daran, daß das Urteil Liebknechts durchaus zutreffend ist und im vollen Einklang steht mit den Urteilen hervorragender Sachkenner auch aus nichtsozialdemokratischem Lager.

Die nationalliberale Fraktion hat zum Kultusetat beantragt, die Regierung möge eine Denkschrift vorlegen.

Bayern stolz in den Spuren Preußens wandelt. Das Verfahren ist ja vollkommen preußisch: Die Volkstimme verlangt nach der Verabschiedung eines Offiziers. Damit sie sich aber nicht einbildet, daß man sich um sie kümmert, wird der Offizier erst recht befördert. In Preußen wurde der Gemeine Lück zum Befreiten befördert, nachdem er einen Zivilisten niedergeschlagen hatte, und in Bayern wird jetzt ein Oberst zum General befördert, nachdem er einen Journalisten, der noch dazu zur regierenden Partei gehört, maulschneidet hatte. Zuerst gab der Oberst dem Herrn Lohy "eine Watte", bemerkt die "M. Post", und jetzt gibt der Herr Kriegsminister dem Volk und vor allem dem Landtag eine Watte, allerdings nur eine moralische. Die Beförderung des Oberst Hennings bildet einen unwiderleglichen Beweis dafür, daß Herr v. Kress auf den bayerischen Landtag basieren darf.

Vereinsrechtliches aus Preußen. Der Arbeitergesangverein zu Thale a. S. war vom Landrat als politischer Verein erklärt worden, der Statuten und Vorstandsmittglieder-Verzeichnis einzureichen habe. Auf eine Beschwerde hin hat der Regierungspräsident zu Magdeburg die landrätliche Auffassung als gerechtfertigt anerkannt. Denn: "Der von Ihnen vertretene Verein hat nur Sozialdemokraten als Mitglieder. Daß die Vereinsfassung dies nicht als Bedingung vorschreibt, ist unerheblich. Ebenso ist es unerheblich, ob hin und wieder auch Nichtsozialdemokraten in dem Lokal "Grüne Tanne" verkehren. Wenn der Verein bei sozialdemokratischen Versammlungen und Veranstaltungen sozialdemokratischer Vereine durch Singen sozialdemokratischer Lieder sich beteiligt, so bekennet er damit die völlige inneren Übereinstimmung seiner Bestrebungen mit denen der sozialdemokratischen Partei. Es ist gleichgültig, ob der Verein auch bei anderen Festlichkeiten sich bereit finden würde zur Teilnahme. Aus der gemeinschaftlichen Abhaltung von Sitzungen mit Vereinen der sozialdemokratischen Organisation ist nur der Schluß auf die Gemeinschaft der politischen Ziele möglich. Viele Tatsachen sprechen hinreichend für den politischen Agitationszweck, den der Verein verfolgt, auch wenn ihm nicht ausdrücklich eine politische Tätigkeit übertragen ist. Hiernach ist der von Ihnen vertretene Verein mit Recht als politisch angesehen und dem § 3 des Vereinsgesetzes unterstellt worden." Mit solchen Gründen kann natürlich jeder Verein als politisch erklärt werden.

Ein reniger streitbarer Pfarrer. Der Abbe Süß aus Weg, der mehrere Jahre Chefredakteur einer Vöhringer Zeitung war, die gegen die deutsche Zentrumspolitik des Bischofs von Straßburg scharfe Opposition machte und vom früheren Reichstagsabgeordneten und Großindustriellen Charles de Wendel subventioniert wurde, will wiederum in den Schoß der Kirche zurückkehren. Abbe Süß ist wegen seiner zentralen

früheren feindlichen Politik seinerzeit aus der Kirche ausgeschlossen worden. Er ist in letzter Zeit namentlich durch den Benzler-Prozeß gegen den Abbe Zielmont und den Redakteur Fischer bekannt geworden. In diesem Prozeß machte er kräftige Angriffe gegen seinen früheren Oberhirten. Wie wir erfahren, wird Süß zuerst in ein Kloster gehen und dann Militärpfarrer werden.

Opfer der Abiatik. Durch ein verkehrtes Landungsmanöver stürzte der Unteroffizier der Artillerie Phantouy in Amiens, der mit einem Heroplan von Reims kam, ab. Er war sofort tot.

Vom lustigen John Bull. Im Zeitalter der Frauenherrschaft. Der kleine Jimmy stürzt zum Papa in die Küche: "Papa, draußen vor der Tür steht eine Suffragette, die von der Demonstration nach Hause kommt. Sie will ein Glas Brantwein haben." "Wo ist sie denn?" "Dort, in der Tür." "Am Gottes willen, Mama ist nicht zu Hause, wie wird es uns gehen!" — Ach so. Die Köchin zum Schlachtergesellen: "Hier, nehmen Sie das wieder mit, die gnädige Frau hat Lamm bestellt und Sie bringen Hammel." "Aber ich bitte Sie, der Hammel ist Lamm vom vorigen Jahre!" — In der Hamlet-Verstellung. Bei der Totengräberszene fragt die kleine Edith neugierig: "Sag doch, Mama, werden alle Schauspieler, die auf der Bühne sterben, immer gleich beerdigt?" — Zahlen beweisen. "Glauben Sie an die Sicherheit von Zahlen?" Der Chauffeur: "Felsenfest. Immer wenn ich zu schnell fahre, hänge ich hinten eine andere Zahl an meinen Wagen." — Im Eisen. Mr. Trump zu der jungen Dame: "Nein, wie entzückend Sie heute aussehen!" Miß Peach: "Wirklich? Was die Männer alles für hübsche Dinge sagen. Mr. Flatter sagt mir eben genau daselbe." Mr. Trump, der den Rivale aussteigen will: "Aber Sie werden doch nicht glauben, daß er das auch im Ernst meinen konnte." — Begründetes Mißtrauen. Sie, an der Korditorin: "Ach, schon zu Hause, Percy, mein Liebling, wie nett, daß Du so früh kommst, komm, gib mir einen Kuß." "Aber zeige mir bitte erst Deine Hand." "Aber wozu dieses Mißtrauen?" "Ich möchte doch erst sehen, ob Du nicht am Ende die Rechnung der Schneiderin in ihr hältst." — Der enttäuschte Kriminalist. Der Herr zum Kommissar: "Ach, Herr Inspektor, die Diamantnadel, die ich als gestohlen anmeldete, hat sich gefunden." Kommissar traurig: "Gepunden? Wie schade! Gerade hatten wir eine so absolut sichere Spur entdeckt."

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 2. April.
 Bayern-Butter 140 Mk., Meierei-Butter 150 Mk., Käse 0,00 Mk., Enten 0,00-0,00 Mk., Lübner 2,00-3,00 Mk., Äpfel Stück — Mk., Tauben

Stück 60-70 Pf., Gänse 1 Pf., Schinken 1 Pf., 1,15-1,20 Pf., Schweinsschmalz pr. Pf. 60-70 Pf., Würst, geräuchert, Pf. 1,30-1,60 Mk., Eier Stk. 6-8 1/2 Pf., Kartoffeln 10 Pf. 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Pf., 2. Sorte — Pf., 3. Sorte — Pf., Blumentohl der Kopf 20-50 Pf., Kürbisse, hiesige, Pf. — Pf., eingeschaltete Pf. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pf. 1,60, größere Pf. 1,40 Mk., Karpfen, größere Pf. 1,10-1,20 Mk., kleinere — Pf., Aal, große Pf. 0,00-0,00 Mk., mittlere Pf. — Pf., kleine Pf. — Pf., Karautischen Pf. 80 Pf., Hechte, große Pf. 60-70 Pf., mittel 70-80 Pf., Barbe Pf. 70 Pf., Brachsen, gr. Pf. — Pf., kleine Pf. — Pf., Aalnd Pf. — Pf., Rotaugen, große Pf. 35-40 Pf., kleine Pf. 15-20 Pf., Krebse Pf. — Pf., Salzwaasserfische: Dorche, lebende Pf. 35-40 Pf., frische Pf. 30-00 Pf., Butte, größere Pf. 40 Pf., kleinere 20-30 Pf., Steinbutt, lebende Pf. — Pf.

Getreidepreise.

	gering	mittel	gut
	Mk.	Mk.	Mk.
Weizen	14,00	15,00	17,50-18,50
Roggen	14,00	15,00	15,50-16,00
Gerste, nach Qualität	13,00	15,50	15,50-16,00
Hafer, nach Qualität	13,50	14,50	15,00-16,50

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 2. April.
 Auftrieb 1126 Schweine. Markt ruhig geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:
 Beste schwere reine Schweine, über 260 Pf., Tara 20 Proz., — bis 71,00 (— bis 57,00), mittelschwere Ware, von 240-260 Pf., Tara 20 Proz., — bis 71,00 (— bis 57,00), Mittelware, von 200-240 Pf., Tara 22 Proz., 71.— bis 72,00 (55,50 bis 56,—), gute leichte Ware unter 200 Pf., Tara 22 Proz., — bis 71,00 (— bis 55,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 67,00 bis 70,00 (51,00 bis 53,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 68,— bis 67,00 (53,00 bis 53,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 63,00 bis 65,00 (49,00 bis 50,50).

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
 Verleger: Th. Sch w a r z. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübeker Volksboten“

Komitee- und Kommissionssitzungen

Maifeier-Komitee.
 Freitag abend 9 Uhr:
Sitzung
 im „Gewerkschaftshaus“
 2519) Johannisstr. 50-52.

Junge Frau sucht Beschäftigung
 im Waschen und Reinmachen. Zu sehen unter L F 70 an die Gro. d. Post.

Geacht Arbeitssuchende.
 Zu sehen morgen 8 Uhr.
 2517) C. G. G. 61.

Ein f. d. l. sehr gut möbl. Zimmer
 an 1 oder 2 Herren oder Damen billig zu vermieten.
 2511) Fr. L. Groth, B. Reimannstr. 1. III.

Ein Logis zu vermieten.
 2514) C. G. G. 70, I. r.

Wohnung zum 1. Juli zu vermieten.
 2515) C. G. G. 70, I. r.

Wohnung zu vermieten.
 2516) C. G. G. 70, I. r.

Wohnung zu vermieten.
 2517) C. G. G. 70, I. r.

Plakate
 Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungsmitteln und Genußmitteln sind zum Preise von 30 Pf. der Stück zu haben in der Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Leere Farbetonnen
 vorräthig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.
 Magnum-bonum-Cg- und Pfanzkartoffeln 10 Pf. 30 Pf., 100 Pf., 225 Pf.; frühe Juli-Cg- u. Pfanzkartoffeln 10 Pf. 40 Pf., 100 Pf., 3 Pf.; Berle von Erfurt, Cg- und Pfanzkartoffeln 10 Pf. 50 Pf., 100 Pf., 4 Pf.; Kaisertrone, Cg- und Pfanzkartoffeln 10 Pf. 30 Pf., 100 Pf., 250 Pf. Hevel bill. empfiehlt 2515) C. Prestia, Kleischhauerstr. 60.

Achtung!
 Freitag morgen verkaufte auf dem Breitenplatz (Posten) frühe Seefische aller Art. Seelachs 2 Pf., 20 Pf., Rühlerbouade Pfund 40 Pf.
 Emilie Boy, Köhligstraße 61.
 Teleph. 1511. Marktballenhand 46.

Gratis! Gratis!
 Zweck nach weiterer Einführung meiner höchlichst bekannten **Gigelo-Blauzennargarine** Preis zu 50 und 90 Pf., gebe beim Einkauf von 1 Pfund am **Freitag, Sonnabend und Sonntag** 1 echte Porzellankanne 1 Kaffeeanne
Gratis! Gratis!

Mart. Wegener
 Balanstraße 6, früher Hügel, 43. und Ratsburg. (2526)
Arbeiter-Abkündertenbund.
Versammlung
 am Freitag, dem 4. April abends 9 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Der Vorstand.

Eine wichtige Frage
 beschäftigt bei Beginn der Fahrsaison Tausende Radler und die Leute, welche Radler werden wollen, nämlich die Frage: **Wo kaufe ich ein Fahrrad?** In dieser Zeit ist es eines jeden Arbeiter-Radfahrers Gewissenspflicht, seine Arbeitskollegen, Bekannten und Freunde darüber zu belehren, was für ein Fahrrad sie wählen und in welchem Geschäft sie kaufen sollen. Da können die Mitglieder des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität den besten Rat geben und vorschlagen, die Frischau-Fahrräder in den Verkaufsstellen der Arbeiter-Konjunktionsgesellschaft der Fahrradbranche in Augenchein zu nehmen, denn in den Verkaufsstellen des Bundesgeschäftes des Arbeiter-Radfahrerbundes Solidarität kann allen Wünschen und jedem Geschmack Rechnung getragen werden. Die enorm großen von Jahr zu Jahr immens steigenden Umläufe des Fahrradhauses „Frischau“ beweisen, daß dort die Kundschaft aufs beste bedient wird. Das **Frischau-Genossenschafts-Fahrrad** ist ein anerkannt schneidiges, unverwundliches und zuverlässiges Rad, es wird aus bestem Material sorgfältig hergestellt, läuft wunderbar leicht und geräuschlos, es ist ein Fahrrad erster Klasse. Beim Gebrauch dieses Rades wird jeder Fahrer die Überzeugung gewinnen, daß das Frischau-Fahrrad das **Ideal-Fahrrad für jedes Wetter** und von unübertrefflicher Qualität ist. Trotz der vielen Vorzüge der Frischau-Fahrräder müssen die Preise als auffallend niedrig bezeichnet werden. Wer sich über diese genau unterrichten will, der gehe in die hiesige Verkaufsstelle **Fünfhausen 28** und lasse sich dieselben ohne Kaufzwang vorführen. **Sämtliche Reparaturen billigt.**
W. Reppenhagen.
 2512) Perreter für Lübeck und Umgegend.

Konzerthaus Fünfhausen.
 Freitag: Große Ballmusik. Sonntag: Tanz.
Biophon.
 Nur bis einschließlich Montag: (2822)
 Die Sensationsschlager. — Tiefergreifende Sittendramen.
Der Zigeunerprimas. 3 Akte.
Der weisse Domino. 3 Akte.
Broncho Billy
 sowie weitere 7 Schlager.
 Sonntag von 1 1/2-4 Uhr: Große Kinder-Vorstellung.
 Vorführung dieses Programms nur im Biophon-Theater.
 Es ladet ergebend ein **H. A. Beuthien.**

Rechnungs-Formulare
 werden hergestellt in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten, Johannisstraße 46.

Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.
 Filiale Lübeck.

Versammlung
 am Freitag, dem 4. April abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht von der Konferenz.
 2. Abrechnung vom Gewerkschaftshaus.
 3. Kartellbericht.
 4. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Vorstand.
 2514)

Arbeiter-Gesangverein
Vorwärts, Schwartau.

Einladung zum BALL
 am Sonntag, dem 6. April im Lokale d. Herrn J. Piquardt Hotel Kronprinz.
 Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
 Ballanfang 7 Uhr.
 Eintritt für Herren 1 Mark, eine Dame frei.
 Einzelne Dame 30 Pf., wofür Garderobe.
 2799) Das Komitee.

Neues Stadttheater.
 Freitag, den 4. April 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
 165. Vort. i. Volksh. 27. V. i. Freitag-Ab.
Der Schmuck der Madonna.
 Große Oper von Wolf-Ferrari.
 Opernpreise. 2821
 Sonnabend, den 5. April 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 1/4 Uhr.
 166. V. i. V. - N. 15. V. i. Sonnabend-Ab.
Die lustigen Weiber Windsor.
 Kom. phant. Oper von D. Nicolai.
 Opern-Preise.
 Sonntag, den 6. April 1913.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
 167. Vort. i. im Volksh. - Abonnement.
 Opern-Preise.
Die verkaufte Braut.
 Komische Oper von Fr. Smetana.
 In Vorbereitung Fräulein Direktor.
 Lustspiel von Svends u. Neckerbau, u.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 79.

Sonntag, den 5. April 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

„Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht.“

Die ungeheure Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, welche die Wehrvorlage fordert — es handelt sich bekanntlich darum, die Zahl der Gemeinen und Gefreiten um 170 000, die der Unteroffiziere um 150 000 und die der Offiziere um 4000 zu vermehren —, hat eine höchst merkwürdige offizielle Begründung gefunden. Es wird da ausgeführt: die Stärke unseres Heeres habe mit dem Wachstum unserer Bevölkerung nicht gleichen Schritt gehalten; Teile der wehrkräftigen Bevölkerung bleiben gegenwärtig für den Waffendienst unausgebildet; die allgemeine Wehrpflicht sei aber die „bewährteste Grundlage für Deutschlands Stärke“; nur wenn sie verwirklicht bleibe, könne Deutschland „mit dem sicheren Gefühl erfüllter Pflicht und festem Vertrauen der Zukunft entgegensehen“; dann bleibe auch die Armee jung und „wir seien nicht genötigt, im Kriegsfall ältere Jahrgänge, Männer mit Frau und Kind, sofort in die erste Linie an den Feind zu führen, während junge, diensttaugliche Mannschaften zurückbleiben und beim Eintritt der Gefahr erst ausgebildet werden muß“. Leitender Gedanke der Vorlage sei deshalb „der Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Stande der Bevölkerung“.

Es verlohnt sich wohl, diese allgemeinen Sentiments scharf kritisch zu betrachten. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf: haben wir denn bereits die allgemeine Wehrpflicht in des Wortes wahrer und voller Bedeutung? Ist unser Heer ein wirklicher Volksheer? Unsere Militärlisten zwar behaupten das, aber es muß entschieden bestritten werden, als der Wahrheit widersprechend.

Abgesehen davon, daß das stehende Heer einen Staat im Staate mit eigener Verfassung, eigenen Gesetzen und eigenem Geist bildet, daß es möglichst losgelöst ist von den Beziehungen zu den Bürgern, kommt in Betracht, daß die verschiedenen Schichten der Bevölkerung an der Erfüllung der Wehrpflicht in höchst ungleicher Weise beteiligt sind. Dem Adel ist, zwar nicht gesetzlich, aber doch tatsächlich das Vorrecht eingeräumt, die Offiziersstellen in ihrer überwiegenden Mehrheit zu besetzen, die Spitze eines Berufs-Soldatentums zu bilden. Es ist Tatsache, daß das Junkertum im Heere eine oligarchische Herrschaft ausübt. Ausweislich der Rang- und Quartierlisten bilden bürgerliche Offiziere nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz. Viele Regimenter haben überhaupt keine bürgerlichen Offiziere.

Auch in dem Einjährig-Freiwilligen-System haben wir eine gesetzlich anerkannte und geregelte Ungleichheit der Wehrpflicht-Erfüllung.

Allerdings hat vor 100 Jahren, zurzeit der „Befreiungskriege“, das Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht in Preußen eine gesetzliche Anerkennung gefunden. Unter dem Einfluß der für Deutschland und speziell für Preußen so schlimmen kriegerischen Erfolge des gekrönten Hofes verfielen Stein und Scharnhorst und andere ihnen gleichgesinnte Männer auf die Idee der wirklichen allgemeinen Dienstpflicht, welche an die Stelle der willkürlichen Aushebung treten sollte, so daß nicht mehr der Kriegsdienstverpflichtung „lediglich die Söhne der niederen Handwerker, der Bauern, der Tagelöhner und anderer gemeiner Leute“ unterworfen blieben. Der preussische König konnte sich jedoch nicht entschließen, der Ausführung dieser Idee zuzustimmen. Als aber im Jahre 1813 das Volk aufstand gegen Napoleon, erlangte Scharnhorst vom Könige die Genehmigung zur Errichtung von „Detachements freiwilliger Jäger“, deren Ausrüstung zum größten Teil aus freiwillig aufgebrauchten Mitteln erfolgte. Was diese wirkliche Volkswehr geleistet hat, ist bekannt. Die Konfiskations-Soldateska würde sicherlich nicht den Sieg über Bonaparte errungen haben.

Ein Jahr später, am 3. September 1815, wurde dann das preussische Gesetz vollzogen, welches den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ausspricht mit den Worten: „Jeder Eingeborene, sobald er das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat, ist zur Verteidigung des Vaterlandes verpflichtet.“ Dieser Grundsatz wurde aber zugleich durchbrochen mit der Bestimmung: „Junge Leute aus den gebildeten Ständen, die sich selbst kleiden und bewaffnen können, sollen die Erlaubnis bekommen, sich in die Jäger- und Schützenkorps aufnehmen zu lassen. Nach einer einjährigen Dienstzeit können sie zur Fortsetzung ihres Berufes auf ihr Verlangen beurlaubt werden. Nach den abgelaufenen drei Dienstjahren

treten sie in die Landwehr ersten Aufgebots, wo sie nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Verhältnisse die ersten Ansprüche auf die Offiziersstellen haben sollen.“

Damit war der Einjährig-Freiwilligendienst eingeführt. Später wurde dann ein förmliches Recht zur Ableistung eines nur ein Jahr dauernden Dienstes bei der Fahne begründet. Nach verschiedenen Wandlungen wurde dieses System im § 11 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. Dezember 1867 dahin geregelt: „Junge Leute von Bildung, welche sich während ihrer Dienstzeit selbst kleiden, ausrüsten und verpflegen, und welche die gewonnenen Kenntnisse in dem erforderlichen Umfange dargelegt haben, werden schon nach einjähriger Dienstzeit im stehenden Heere zur Reserve entlassen. Sie können nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen zu Offiziersstellen der Reserve und Landwehr vorgeschlagen werden.“

Napoleon I. hatte den Grundsatz aufgestellt: „Der Loskauf vom Soldatenstande muß erlaubt sein. Bei einem Volke, dessen Existenz auf der Ungleichheit des Vermögens beruht, muß es den Reichen gestattet sein, sich einen Ersahmann zu stellen.“ Das preussisch-deutsche Heerwesen kennt zwar keine Ersahnmänner, aber eine ganze Reihe hervorragender Militärschriftsteller hat offen befundet, daß die Institution der Einjährig-Freiwilligen, die sich durch außerordentliche pekuniäre Opfer die sonst vorgeschriebene Dienstzeit verkürzen können, wenigstens ein Surrogat für die Ersahnmänner ist.

Wer behaupten möchte, daß diese Einrichtung volkstümlich ist und den Begriff der allgemeinen Wehrpflicht entspricht, würde sich damit sehr ins Unrecht setzen. Wir haben es da zu tun mit einer in jeder Hinsicht abzuweisenden Bevorzugung derjenigen jungen Leute, die auf „Bildung und Besitz“ sich berufen können.

Duzende von Aussprüchen hervorragender militärischer Fachleute könnten wir erbringen dafür, daß das Maß von besonderer Bildung, welches für die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst in Anspruch genommen wird, rücksichtlich der militärischen Tüchtigkeit überhaupt nicht in Betracht kommen kann. Diese Tüchtigkeit ist durchaus und völlig unabhängig davon, daß jemand die oberen Klassen höherer Lehranstalten besucht hat, womit er ohne weiteres die Berechtigung gewinnt, oder sich in besonderen Vorbereitungsanstalten hat notdürftig drillen lassen, um ein Examen ablegen zu können. Fest steht jedenfalls, daß das geistige Vermögen, die Fähigkeit und die Lust zu lernen, bei der Jugend der besitzlosen Klassen mindestens ebenso stark, wo nicht erheblich stärker ist, als bei der Jugend, die auf den Besitz pochen kann. Darin stimmen alle vorurteilsfreien militärischen Fachleute überein, daß für die Zwecke des Militärdienstes auf die Einjährig-Freiwilligenbildung gar nichts ankommt und daß die Massen der „gewöhnlichen“ Dienstpflichtigen, die ihre zwei oder drei Jahre aushalten müssen und keine Anwartschaft auf Offiziersstellen haben, ungleich tüchtiger sind, als die meisten der Herren Einjährigen.

Die praktische Bedeutung dieses Systems liegt lediglich darin, daß es eine Konzeption an den Besitz bildet, denn dieser und nicht die „höhere Bildung“ ist der maßgebende Faktor. Ein junger Mann mag über eine noch so bedeutende wissenschaftliche Bildung verfügen, wenn er nicht das Geld dazu hat, sich selbst zu kleiden, auszurüsten und zu verpflegen, so muß er seine zwei oder drei Jahre abdiene. Sine qua non wird mancher recht beschränkte, nach allen Regeln der Kunst notdürftig dressierte, aber über die erforderlichen Geldmittel verfügende Sprößling der „besseren und besten Gesellschaft“ Einjähriger und Reserve- und Landwehroffizier.

Während man dem Einjährigen Rücksichten auf sein Studium, seine wissenschaftliche Ausbildung, seinen Beruf zubilligt, greift der Militarismus rücksichtslos in die Bildungs- und Berufsinteressen, ja in die ganze wirtschaftliche Existenz derjenigen ein, die der allgemeinen Dienstpflicht genügen müssen.

In Frankreich hat man das nach preussisch-deutschem Muster eingeführte „volontariat d'un an“ als mit dem Begriff der politischen Gleichheit und der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar im Jahre 1905 wieder beseitigt. Seitdem müssen alle Franzosen ohne Unterschied zwei Jahre dienen, und jetzt ist ihnen ja die dreijährige Dienstzeit zugebacht. Mit der Beseitigung des Systems hat man in unserem Nachbarlande den Zweck verknüpft, die sich dazu eignenden jungen Leute bereits nach einem halben Jahre Dienstzeit zu Unteroffizieren und Offizieren auszubilden, die dem Offizierkorps des Beurlaubtenstandes eingegliedert werden.

Auch bei uns ist in militärischen Kreisen schon öfter eine starke Neigung hervorgetreten, das Institut der Einjährig-Freiwilligen abzuschaffen. Diese Frage ist unter anderem gelegentlich der Einführung der zweijährigen Dienstzeit lebhaft erörtert worden. Die Sozialdemokratie hat die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligendienstes stets energisch gefordert. Aber die Regierung ist bis jetzt auf diese Anregungen und Forderungen nicht eingegangen; wäre sie geneigt, ihnen Rechnung zu tragen, so hätte sie das jetzt bei der Wehrvorlage tun können und müssen. Was sie in dieser Vorlage „Ausbau der allgemeinen Wehrpflicht“ nennt, das ist tatsächlich nichts anderes, als ein Ausbau des herrschenden militärischen Systems, welches die Gleichheit der allgemeinen Wehrpflicht nicht kennt.

Erst wenn die Dienstzeit auf das unbedingt notwendige Maß herabgesetzt, die Institution des Einjährig-Freiwilligendienstes beseitigt und das Aufsteigen zum Offiziersgrad jedem tüchtigen Wehrmann, der die Fähigkeiten dazu besitzt, gewährt und das ganze militärische System gründlich demokratisiert ist, kann von allgemeiner und gleicher Wehrpflicht, wie sie dem Volksinteresse entspricht, die Rede sein. Unvereinbar mit einer wirklichen, auf die Verteidigung des Vaterlandes gerichteten Volkswehr, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt, ist die Herrschaft eines exklusiven Berufssoldatentums. Für die Verteidigung des Vaterlandes bedarf es keines ständigen Korps von Offizieren und Unteroffizieren. Die Wehrfähigkeit muß ihre Wurzel haben in einer wirklich volkstümlichen und demokratischen militärischen Jugend- und Jugendzucht, die engstens zu verbinden ist mit der Jugendzucht überhaupt.

Einer der hervorragendsten liberalen Staatsrechtslehrer, Bluntzli, hat den Satz ausgesprochen: Ein Zwang, welcher die Individuen ohne Not aus ihren bürgerlichen Verhältnissen, aus ihrem Gewerbe, ihrer Wirtschaft, ihren Studien herausreißt und auf viele Jahre hin, die sie dem Militärdienst im stehenden Heere opfern müssen, entfremdet, sei „ein sehr bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit“. Mit einem solchen Eingriff haben wir es zu tun bei der jetzt bestehenden zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie und der dreijährigen für die Kavallerie. Es bedarf nicht des stehenden Heeres und nicht zwei- und dreijährigen Drills, um die Nation wehrfähig zu machen und zu erhalten.

Alle diese Fragen werden die Sozialdemokraten bei Beratung der Wehrvorlagen ganz ohne Zweifel wieder aufrollen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Studentenstreik im preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus legte am Freitag die Beratung des Kultusetats fort. Zur Debatte stand das Kapitel: Universitäten. Den Mittelpunkt der Erörterung bildete der Klinikerstreik, der im vorigen Sommer in Halle ausgebrochen war und der sich bekanntlich gegen die ausländischen Studenten richtete. Obwohl es keinem Zweifel unterliegt, daß die eigentlichen Beweggründe zu dem Vorgehen der Studenten unläuterer Natur sind, weil sie sich die Ausländer als lästige Konkurrenten vom Hals halten wollten, bekam es die reaktionäre Mehrheit des Landtages fertig, die Studenten wegen ihrer nationalen Gesinnung zu loben, und auch der Kultusminister nahm sich, anstatt die jungen Herren an ihre Pflicht zu erinnern, im Grunde genommen ihrer an. Erklärte er doch, daß man vielleicht Bestimmungen erlassen müsse, um den Andrang russischer Studenten an deutschen Universitäten einzuschränken. — Den richtigen Ton traf Genosse Liebknecht, der darauf hinwies, daß es sich hier um eine durch und durch reaktionäre Bewegung handelt, die sich in letzter Linie gegen die russischen Juden richtet. Auch sonst zog Genosse Liebknecht treffende Vergleiche zwischen dem Verhalten der Behörden gegenüber Arbeitern und Studenten. An der Hand zahlreicher Beispiele wies er nach, wie wenig Idealismus unter der heutigen studierenden Jugend noch vorhanden ist. — Die Redner des schwarzblauen Blocks taten darüber allerdings sehr entrüstet; aber das ändert nichts daran, daß das Urteil Liebknechts durchaus zutreffend ist und im vollen Einklang steht mit den Urteilen hervorragender Sachkenner auch aus nichtsozialdemokratischem Lager.

Die nationalliberale Fraktion hat zum Kultusetat beantragt, die Regierung möge eine Denkschrift vorlegen.

aus der die Gesamtaufwendungen der Kommunen für das Elementar-Unterrichtswesen sowie diejenigen Beiträge ersichtlich sind, welche der Staat zur Deckung der Schulkosten in den Jahren 1908 bis 1912 gezahlt hat.

Die Reichstagswahlwahl

im Wahlkreise Ost- und West-Sternberg

(Brandenburg 5) wird am 9. Mai stattfinden. Das Mandat hatte der Konservative v. Kaphenast inne, der am 6. März ds. Js. verstorben ist. Der Wahlkreis ist der Konservativen sicher. In der Hauptwahl wurden 9142 konservative, 3427 antisemitische, 3333 sozialdemokratische und 607 fortschrittliche Stimmen abgegeben.

In den neuen Heeresvorlagen.

Den Agrariern wird eine Mitteilung der „Korrespondenz-Piper“, die von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bekräftigt wird, große Freude bereiten. Danach wird der Mehrbedarf an Pferden, der durch die Heeresvorlage benötigt wird, durch freihändigen Ankauf von volljährigen Pferden gedeckt werden. Dieser Ankauf findet selbstverständlich im Inlande statt. Die Remonte-Ankaufkommissionen sollen im Verlaufe der Monate September und Oktober 8000 Reitpferde und 9000 Zugpferde, insgesamt 17 000 volljährige Pferde, freihändig kaufen.

Tropfenweise wird dem deutschen Volke der Umfang der Heeresvorlage zu Gemüte geführt. So berichtet die „Nordd. Allg. Ztg.“ vom Freitag abend, daß in der Ausgabe 1 B des Gelegenheitsworts für die Wehrvorlage unter „Sonstiges“ auch eine Vermehrung der Übungen des Wehrdienstes angeführt sei. Hiernach werden in diesem Jahre etwa 38 000 Mann mehr als sonst für durchschnittlich 14 Tage einberufen werden. — Welche Überforderung wird die Vorlage noch bringen?

Das Petroleummonopol

ist von der Reichstagskommission in zweiter Lesung angenommen.

Der „Ausdruck einer Augenblickslane“.

Über den Streit, den der Kaiser mit seinem bisherigen Pächter Sohst gehabt hat und der berechtigtes Aufsehen erregt, gibt die „Eibinger Zeitung“ noch eine Darstellung. Sie schreibt:

„Gleich im Anschluß an die vielbesprochene Kaiserrede im Deutschen Landwirtschaftsrat wurde der Vorsitzende der Westpreussischen Landwirtschaftskammer, Kammerherr v. Oldenburg, den Generalbevollmächtigten der kaiserlichen Gutsbesitzer Eadinen, den Geheimen Oberregierungsrat v. Eghorff, auf und sprach in Wahrnehmung der Interessen des landwirtschaftlichen Berufsstandes im Laufe der nächsten Tage mehrerer Male bei dem Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, von Valentini, vor, der sich dahin äußerte, daß die Berichterstattung über Eadinen an den Kaiser in Gegenwart des Kabinettschefs in korrekter Weise erfolgte und die kaiserliche Bemerkung über den Eadiner Pächter als Ausdruck einer Augenblickslane aufzufassen sei. Die Unterredungen endeten mit der beiderseitigen Übereinkunft, daß das Pachtverhältnis in Rehberg auf alle Fälle gelöst werden müsse, und der Mitteilung des Kabinettschefs, daß dabei die kaiserliche Privatschatulle unter Ausschaltung des Rechtsweges zu Opfern bereit sei.“

Der weitere Verlauf der Verhandlungen, der in dem Bericht der „Eibinger Zeitung“ wiedergegeben wird, ist bekannt. Uns interessiert nur die Mitteilung, daß nach der Darstellung der „Eibinger Zeitung“ die Ausführungen des Kaisers im Landwirtschaftsrat, die den Tatsachen nicht entsprechen, nicht auf jähliche Berichterstattung zurückzuführen, sondern als „Ausdruck einer Augenblickslane“ aufzufassen seien. Die Patrioten werden von dieser Darstellung nicht erbaut sein.

Die zweijährige Dienstzeit bei der Marine.

Der Konteradmiral z. D. Hoffmann untersucht in der „Kreuzzeitg.“ die jüngst in der Budgetkommission des Reichstags angeführte Frage der Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei der Marine. Wie sich das für einen zur Disposition gestellten Seeoffizier von selbst versteht, kommt er zur Verneinung dieser Frage. Wäre er zu einem andern Urteil gekommen, dann wäre er bereits in der allerersten Zeit Konteradmiral a. D. geworden. Kann man also von dem Mitarbeiter der „Kreuzzeitg.“ eine andere Schlussfolgerung nicht erwarten, so ist es doch nicht ohne Interesse, was er über die Marine-Infanterie sagt, denn wider seinen Willen beweist er hier, daß bei der Marine-Infanterie die dreijährige Dienstzeit nicht die mindeste Berechtigung hat. Der Admiral führt nämlich aus, daß die Marine-Infanterie im Mobilisationsfall durch Polizei verpackt den — Garaiionswachdienst zu versehen hat. Das ist übrigens die hauptsächlichste Aufgabe der Marine-Infanterie auch im Frieden und außerdem hat diese Truppe die Aufgabe, für die nicht an Bord befindlichen Offiziere die Vorarbeiten zu stellen. Und zur Lösung dieser „bedeutenden“ Aufgaben magt man es, die Beibehaltung der dreijährigen Dienstzeit als absolut nötig zu bezeichnen.

Der dankbare Reichskanzler.

Ein Berliner Militärverein hat dem Reichskanzler 100 Mark angeboten als Beitrag zu den Kosten der Heeresvermehrung. Dem Verein ging daraufhin folgendes Schreiben zu:

„Der Verein der Kameraden vom Pionierbataillon von Rastbach dankt ich aufrichtig für die Darbietung eines Beitrages von 100 Mark zu den Kosten der Heeresvermehrung. Die patriotische Stimmung, die der Verein durch die Spende bekundet, hat mich sehr erfreut. Die Reichskanzlei ist zur Annahme der Summe angetan.“

Die Kameradeneine im ganzen Reich werden sich natürlich freuen, eine kleine Spende zu senden, in der Erwartung, daß ein Dankschreiben des Kanzlers zu bekommen, das kann im Vereinslokal unter Glas und Rahmen aufbewahrt werden kann. Für die Unterzeichnung der Beschlüsse befinden die Kameradeneine eine solche Unmöglichkeit nicht. Die Reichskanzlei nimmt als jetzt in. Willige Spenden entgegen, und man möge die Patrioten einmal zeigen, wie groß ihr Opfermut ist.

Eine Koalition der Linken.

Die „Frankfurter Zeitung“ untersucht die Frage, ob es noch eine Mehrheit der Linken im Reichstag gibt. Dieser Mehrheit könne kein schlimmeres Schicksal widerfahren, als das der völligen Vergessenheit bei Lebzeiten. Der Steuerfrage verbannt die Linke ihren Sieg bei den letzten Wahlen und hier können sie sich kämpfend wieder zusammenfinden. Das Blatt verkennt nicht die Schwierigkeiten, die ein gemeinsames Vorgehen der linken Parteien durch die Enthaltung der Nationalliberalen entgegensteht. Es redet den Nationalliberalen gut zu, nicht ihre ganze Politik der letzten vier Jahre zu verleugnen und sich mit den Konservativen und dem Zentrum zusammenzufinden. Auch der Hinweis auf die intransigente Haltung der Sozialdemokratie würde den Nationalliberalen für einen Uebergang in das Lager der finanzpolitischen Reaktionen keine Rechtfertigung liefern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wiederholt zu erkennen gegeben, daß sie in der Steuerfrage ihre früher oft beobachtete Taktik der Abstinenz aufgeben und praktische Politik zur Entlastung der unbemittelten Massen treiben will. Der Opfer, die die Sozialdemokraten hiermit an die übrigen Parteien der Linken gerichtet haben, kommt eine so außerordentliche Bedeutung zu, daß unter allen Umständen die Probe aufs Exempel gemacht werden muß. Aus dem Inhalt eines Aktionsprogramms für alle Abteilungen der Linken wäre die Einigung natürlich nicht ganz leicht, aber unüberwindliche Schwierigkeiten vermögen wir, wenn nur bei allen Teilen der gute Wille zur Verständigung voranden ist, nicht zu erkennen. Eine besondere Aufgabe erwächst in der gegenwärtigen Situation der Volkspartei. Sie ist innerhalb der Linken die Partei der Mitte, sowie die natürliche Vermittlerin zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten. In ihr wäre es, jetzt, wo der Reichstag wieder zusammengetreten ist, unverzüglich mit beiden Parteien zu verhandeln, auf eine Verständigung über gemeinsame Steueranträge hinzuwirken und auf alle Fälle einen Erbschaftsteuerentwurf, sowie die Umwandlung des einmaligen Wehrbeitrages in eine dauernde Reichsvermögenssteuer zu beantragen. Die Linke steht hier vor einer schweren Entscheidung, wenn sie jetzt den Moment verpaßt, so wäre das für die allgemeine politische Entwicklung noch verhängnisvoller als das traurige Auseinanderfallen der ihr angehörenden Parteien im preussischen Landtagswahlkampf. — Wir glauben nicht mehr an eine Umkehr der Nationalliberalen. Diese haben sich den Junkern schon mit Haut und Haaren verschrieben.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlkompromiß in Atna-Zierlohn.

Der Wahlkreisvorstand der fortschrittlichen Volkspartei von Atna-Zierlohn hat jetzt fest beschlossen, bei der Landtagswahl die nationalliberalen Scharfmacher und Wahlrechtsfeinde Hirsch und Haarmann zu unterstützen. Bezeichnend ist, daß auch der Bund der Landwirte für Hirsch und Haarmann eintritt. Ein Landesgenosse, auf den die Fortschrittler stolz sein können!

Das süddeutsche Zentrum und die Wehrvorlagen.

Gegen die Heeresvermehrung wendet sich der bayerische Zentrumsführer Dr. Heim in einer Broschüre, die er im Auftrage der Zentralstelle der Bayerischen Bauernvereine schrieb: „Auf Grund statistischer Erhebungen legt Dr. Heim dar, daß das flache Land und insbesondere der Bauernstand durch die Stellung einer unverhältnismäßig großen Zahl von Militärtauglichen gegenüber den anderen Volksschichten schwer benachteiligt ist und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht unbeeinträchtigt geschädigt wird. . . . Der Bauernstand, der nur 28 % der Bevölkerung zählt, stellt rund den doppelten Prozentsatz an Soldaten. Jeder Sohn in der Kajene koste dem Bauern jährlich mindestens 500 Mark. Die neue Heeresvorlage bedeutet nichts anderes, als dem flachen Lande jährlich an Arbeitskräften 40 000 Mann zu entziehen und ihm eine weitere Extralast von jährlich 20 Millionen Mark anzubürden. Der Leutenmangel auf dem Lande werde sich wesentlich verschärfen.“

Und die „Blutsteuer“ des Bauernstandes“ nennt eine badische Zentrumskorrespondenz den Teil der Vermögenssteuer für die Heeresvorlage, der sich mit dem jogen. offenen Besitz befaßt. In dem fast von der gesamten badischen Zentrumspreffe übernommenen Artikel heißt es nun:

„Je mehr man über die Deckung der Heeresvorlage nachdenkt, auf so größere Schwierigkeiten stößt man. Das ist namentlich bei der Ermittlung des beitragspflichtigen Vermögens, dem Wehrbeitrag der Zahl. Nach dem Vorschlag des Bundesrats wäre auch hier wieder der offen daliegende Besitz der am schwersten betroffenen und der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz müßte in Wahrheit am meisten bluten. Denn neben dem mittleren würde vor allem auch der kleine Bauernstand unter die Bestimmungen des Entwurfs fallen. Dieser ist aber ohnehin durch die Militärlasten, welche ihm die Wehrpflicht für seine dienstpflichtigen Söhne auferlegt, schon schärfer bedrückt, und die Erhebungen Dr. Heims, nach dieser Richtung hin werden erst volle Klarheit bringen und manchem die Augen öffnen, der sich dieser „Blutsteuer“ des Bauernstandes noch gar nicht bewußt geworden ist. Die wirklichen Freunde der Landwirtschaft im Reichstag können niemals dieser Grenzziehung zustimmen.“

Die Landwirtschaft des Südens zieht hier mit dem Agrariertum des preussischen Ostens und Westens anscheinend an einem Strang; man will — wie bei der Ablehnung der Erbschaftsteuer — die neuen Lasten wieder der Industrie zuwälzen. Aber das Zentrum hat es diesmal doch noch schwerer, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, wie 1909. Es mehren sich die Stimmen, die im Gegensatz zur Berliner „Germania“ vor der Bewilligung der Heeresvermehrung und erst recht vor der Zustimmung zu den Deckungsvorlagen warnen.

Ostereim-Hungern.

Wahlresultat bei einer Reichstagswahl. Bei der Reichstagswahl für den verstorbenen tschecho-slavischen Sozialdemokraten Egering im böhmischen Wahlkreis Prag wurde der bekannte Führer

der tschecho-slavischen Sozialdemokratie, Dr. Franz Soukup, gewählt. Der Kreis ist so sehr bestrittener Besitz der Partei, daß eine einstimmige Gegenkandidatur gar nicht aufgestellt war. Dr. Soukup gehörte bereits von 1907 bis 1911 dem Abgeordnetenhaus an, war aber bei den allgemeinen Neuwahlen in seinem Prager Wahlbezirk unterlegen.

Holland.

Wahlkompromiß der Regierungsparteien. Die drei Parteien der kirchlichen Mehrheit sind nach langwierigen Verhandlungen, die sich sowohl auf die Verteilung der Wahlkreise, als auf das Wahlprogramm bezogen, zur Einigkeit gekommen. Diese Einigkeit trägt aber deutlich die Kennzeichen eines mit schwerer Mühe zustande gekommenen Kompromisses an sich. Das gesamte Wahlprogramm der drei Parteien bezieht sich nur auf zwei Teile der Verfassungsrevisionsvorlage des kirchlichen Kabinetts, nämlich auf die Verfassung der Schule und die Erhaltung der bisherigen Staatszuschüsse an die Kirchen. Über alles andere, was bei dieser Wahl in Frage steht, über das Wahlrecht, den Zolltarifwucher, die Arbeiterversicherungsfrage usw., hat man sich also nicht einigen können. Das Kompromiß bedeutet in dieser Weise eine beträchtliche Schwächung der sowieso schon sehr geschwächten Regierungskoalition.

Balkan.

Im Montenegro. Die Botschafter-Vereinigung trat gestern vormittag im Auswärtigen Amt zusammen. Die Sitzung dauerte zwei Stunden und wurde dann auf Dienstag morgen vertagt. Bezüglich der Flottendemonstration ist alles geregelt worden. Alle Mächte, ausgenommen Rußland, nehmen daran teil. Die Schiffe erhielten telegraphisch den Auftrag, sich an die montenegrinische Küste zu begeben, um dort die effektive Blockade zu beginnen, deren Einzelheiten die verschiedenen Schiffskommandanten regeln sollen. Die internationale Flotte wird von dem rangältesten Offizier befehligt, der ein Engländer ist. Um Skutari fand wieder ein Kampf statt, bei dem die Montenegriner große Verluste erlitten haben sollen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonntag, 5. April.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Dienstag abend im Gewerkschaftshaus statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Jahresbericht, die Vorstands- und Ausschußwahlen, Wahlen der Boten, Mafseier, sowie die Feier eines Parteijubiläums. Zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ist notwendig.

Der Kampf im Malergewerbe wird für die dem Arbeitgeberverbände angehörenden Ausperrter immer aussichtsloser. Als diese Herren die bei ihnen beschäftigten Gehilfen auf das Straßengäßchen warfen, betrug die Zahl der Ausgesperrten 121; dazu kommen noch die 9 zu Ostern ausgelassenen jungen Gehilfen, so daß insgesamt 130 Ausgesperrte zu verzeichnen waren. Heute sind jedoch nur noch 48 Ausgesperrte vorhanden; alle übrigen sind schon wieder in Arbeit getreten. Zu den neuen Bedingungen arbeiten 120 Gehilfen. 45 Betriebe gelten als geregelt. Aus der einfachen Tatsache, daß diese geregelten Betriebe eine so große Anzahl von Gehilfen beschäftigen, ergibt sich, daß das Publikum, welches Malerarbeiten ausführt haben will, die Aussperrung für unberechtigt hält und sich deshalb an solche Meister wendet, die sich mit ihren Gehilfen geeinigt haben. Die Aussperrter suchten es vor kurzem so darzustellen, als ob die Meister, die sich mit ihren Gehilfen geeinigt haben, 1911/1912 nur eine geringe Lohnsumme ausgezahlt hätten; das war schon nicht richtig. Wenn der Arbeitgeberverband aber für das laufende Jahr eine Statistik über die Lohnsumme veröffentlichen wollte, dann käme sicher ein Bild heraus, der dem Arbeitgeberverband wenig Freude machen würde.

Mehr Militär für Lübeck. Wie berichtet wird, soll Lübeck noch ein drittes Infanterie-Bataillon erhalten. Das wird die „Kameraden“-Reise mit Begeisterung erfüllen.

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen für das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck finden statt: Restaurant „Hofenhof“ (Burgfeld) am Montag, dem 7. April, vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1900; Montag, dem 7. April, vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahressklasse 1901.

kl. „Appetitliche“ Wurst. Verdorbene Wurstwaren feilgehalten zu haben ist dem Schlachtermeister Karl Wachter in Eutin zur Last gelegt worden, der, wie wir seinerzeit berichteten, wegen Vergleichens gegen das Nahrungsmittelgesetz vom Landgericht Lübeck am 20. Dezember v. J. zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden ist. Das Gericht hat ein doppeltes Vergehen für vorliegend erachtet, nämlich eins gegen § 12 und eins gegen § 14 des genannten Gesetzes, da der Angeklagte in dem einen Falle wissentlich, in dem andern fahrlässig verdorbene Nahrungsmittel in seinem Geschäftsfokal zum Verkauf feilgehalten und so in Verkehr gebracht hatte. Bei dem Angeklagten waren nämlich im Sommer vorigen Jahres eines Tages drei verschiedene Wurstsorten und Fett beschlagnahmt worden. Nach dem Gutachten der Sachverständigen waren die Wurstsorten, von denen die eine 14 Tage vorher und die beiden andern am Tage zuvor fabriziert waren, am Tage der Beschlagnahme verdorben und durften nicht mehr dem Verkauf dienen; sie waren stinkig und hatten einen hohen Säuregehalt. Nicht minder untauglich war das Fett, das ranzig und stinkig roch, wie die Sachverständigen befunden haben. Ob der Angeklagte die Wurst aus bereits verdorbenem Fleisch hergestellt hatte, ließ sich nicht feststellen. Jedenfalls mußte, so hat das Gericht gesagt, der Angeklagte damit rechnen, daß sich die Wurst bei der damalsgemate herrschenden großen Hitze nicht lange halten werde, zumal da er, der Angeklagte, nicht über genügend Kühlräume verfügte. Da der Angeklagte offenbar diese nötigen Ermäßigungen nicht angestellt hatte, so hat das Gericht hier nur ein fahrlässiges Verschulden für vorliegend erachtet. Anders bezüglich der Fabrikation und des Feilhaltens des Fettes. Hier hat das Gericht als erwiesen angesehen, daß das Fett, das der Angeklagte aus einem Wurstfett abgehölpert hatte, entnommen war einer Wurstmasse, die, wie der Angeklagte wohl mußte, auch verdorbenes Fleisch enthielt. Das Gericht hat deshalb angenommen, daß der Angeklagte in diesem Falle wissentlich ein verdorbenes Nahrungsmittel in Verkehr gebracht habe. In seiner Revision behauptete der Angeklagte, die Fettstücken reichten nicht aus, um seine Verurteilung zu rechtfertigen. Dem das Urteil sage selbst, es sei nicht festgestellt, ob die Wurst aus verdorbenem Fleisch hergestellt war. Da aber die Wurst gut ausah, so habe es

nicht damit rechnen können, daß sie verurteilt werden. Auch sei es ein Übel, wenn der Vorderrichter Vorzug und Zuständigkeit nebeneinander annehme. Das Reichsgericht verwarf es am Donnerstag die Revision als unbegründet.

b. Strafkammer am 4. April. Not schließt vor Strafe nicht. Der Händler G. ist wegen Unterhaltspflichtentziehung verurteilt, und wurde vor einiger Zeit vom Schöffengericht erneut zu 5 Wochen Haft verurteilt, weil er der Aufforderung der Vormundschaftsbehörde nicht nachkam. Allerhand Pech im Leben — G. hat nach längerer Krankheit zwei Frauen gestorben und er selbst war längere Zeit krank — verhinderten auch später die Ausübung des guten Willens. Er hatte auch die Absicht, die Kinder zu sich zu nehmen, doch wurde diesem Wunsch nicht stattgegeben. Er soll von den 20 Mark Wochenlohn einen entsprechenden Betrag leisten. Seine Berufung wurde verworfen. — Dänischburg-Schwartzau. Es ist wohl die Schöffengerichtsverhandlung noch in Erinnerung, die Anfang Februar gegen den Arbeiter Sch. stattfand und damit endete, daß der Angeklagte wegen Verleumdung eines Wagenwärters zu drei Wochen Gefängnis und wegen Übertretung der Eisenbahnbetriebsordnung zu 2 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Sch. legte gegen dieses Urteil Berufung ein, weil ihm die Strafe nicht nur zu hart erschien, sondern weil er freigesprochen werden will. Er hatte beim Einsteigen in Dänischburg eine Auseinandersetzung mit dem Wagenführer, der verlangte, Sch. möge von der Plattform des Wagens verschwinden oder in den angehängten Wagen hinübergreifen. Das eine war wegen Überfüllung des Wagens nicht möglich und das andere mit Gefahr verbunden, denn der Zug setzte sich schon in Bewegung. Die Sicherungskette des Übergangs soll nicht in Ordnung gewesen sein. In der heutigen Verhandlung wird u. a. bekundet, daß die 3 Minuten, während denen der Zug hält, den 200 Wartenden keine lange Zeit zum Platzauswählen lassen und es mehrfach vorkommt, daß die Arbeiter auf der Plattform stehen müssen. Der Wagenführer behauptet dagegen, die Arbeiter wären zu bequem, in den Wagen hineinzugehen. Dieses Vorwurfsstück zog die nachfolgende Geschichte nach sich: Sch. fand sein Billett nicht gleich, weshalb ihn der Wagenführer beim Halten in Schwartzau am Koffergriff, um ihn nach dem Bahnhofsvorplatz zu bringen. Das wiederholte Geschehen war recht kräftig, denn der Koffer wurde aus dem Koffer geworfen. Unter solchen Umständen schwierig erklärterweise auch die zahlreich Versammelten nicht, denen es an die Klären ging, daß ein Kamerad am Kragen gepackt wurde. Ein Zeuge behauptet, das Benehmen der Arbeiter und Arbeiterinnen habe einer Revolte geglichen, aus der die Worte „Ladung ist tot“ gefallen seien. Der Angeklagte war vernünftig genug, zu erwidern, er werde sich davor hüten. Zum Vorwurf wird dem Angeklagten noch das Aufheben der heruntergefallenen Kofferflasche gemacht, die mit einer Bewegung vor sich ging, die einer Bedrohung des Beamten ähnlich gesehen haben soll. Ganz besonders ins Gewicht fallen die Schimpfworte gegenüber einem im Tüchlein befindlichen Beamten. Nach einständiger Beratung wurde das erstinstanzliche Urteil wegen Übertretung der Eisenbahnbetriebsordnung aufgehoben; die erhaltene Freisprechung. Dagegen wurde die Berufung wegen Verleumdung verworfen und begründend ausgeführt, daß eine Geldstrafe, weil sie eventuell der Verteidiger wünsche, nicht ausgesprochen werden könne, weil die Verleumdung an einem öffentlichen Ort geschehen sei und eine erregte Stimmung der Arbeiter gegen das Bahnpersonal vorgeherrschte habe. Er bleibt also bei drei Wochen Gefängnis wegen der in Erregung gesprochenen unbedachten Worte.

b. Erste Strafkammer am 5. April. Eine eigenartige Wechselgeschichte beschloß heute vormittag das Gericht. Der Privatmann R. hatte am 1. Januar ds. Js. einen Wechsel über 1000 Mk. anfallen, der im Besitze des Schlächtermeisters G. war. Als dieser am Morgen des 2. Januar zu R. ging, wurde er von der Hausfrau erfaßt, am mittag wieder zu kommen. Dessen Wunsch entsprach der Gläubiger, kam zur festgesetzten Zeit wieder und da schickte sich R. an, die Summe auf den Tisch zu zahlen. 300 Mark lagen nach Ausspruch des Zeugen G. in kleinen Scheinen auf dem Tische, als der Angeklagte erklärte, er wolle den Tausender von oben herunterholen. Beim Wiedererscheinen soll R. gesagt haben, eine künftige Summe sei noch nicht eingegangen, G. möge sich vorläufig mit den 300 Mk. begnügen, an andern Morgen solle er in aller Frühe sein Geld erhalten. Damit gab sich G. zufrieden, kehrte jedoch sofort wieder zurück, denn es kam ihm doch nicht gehener vor, daß er den Wechsel in den Händen des Schuldners zurückließ. Er wurde aber getäuscht, daß alles in Ordnung gemacht werde. Um sich ganz zu sichern, ging G. sofort zum Inwalt, der einen kleinen Magneten an den Schuldner ergehen ließ. Im Gegensatz zu dieser Darstellung sagt R. aus, daß er diese Verhältnisse gar nicht nötig gehabt habe, denn seine Existenz sei kollapsiert und es ihm ein Vergnügen gewesen, den Wechsel zu bezahlen was er auch tatsächlich getan habe. Von Seiten der Verteidigung wurde versucht, die Glaubwürdigkeit des Zeugen G. hart zu erschüttern, ja, es sei doch in einem solchen Falle, wo ein Schlächtermeister um 1000 Mark an Ort und Stelle betrogen werden sollte, nicht ausgeschlossen gewesen, daß es zu Handgreiflichkeiten gekommen wäre, denn in jenen Kreisen existiere bei solchen Fragen noch das Faustrecht. G. habe insofern ein großes Interesse an dem für ihn günstigen Ausgang des Prozesses, als er bei Verurteilung des Angeklagten den Zivilprozeß über die eingeklagten 1000 Mark gewinnen würde. Nicht minder interessant ist die staatsanwaltschaftliche Darstellung, die von der Auffassung ausgeht, es sei solange die Welt existiere noch nicht vorgekommen, daß ein Gläubiger nach Erhalt der Schuld sofort zum Rechtsanwalt laufe und das soeben erhaltene Geld frisch einklage. Das Vorgehen des Privatmannes, der in Geldgeschäften bewandert sei, äußere sich in einer grenzenlosen Frechheit, die Anklage lautete ursprünglich auf Diebstahl. Das Erkenntnis nimmt Unterschlagung an und verurteilt R. zu fünf Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, die Zeugenaussagen ständen wohl in einem gewissen Gegensatz zu der Darstellung des Zeugen G., doch sei die Erschütterung der Glaubwürdigkeit dieses Zeugen vollständig mißlungen.

Die Besucher der Vorstellung des Arbeiterbildungsvereins, die morgen nachmittag im Neuen Stadttheater stattfindet, werden ersucht, sich spätestens 2 1/2 Uhr einzufinden, damit jegliche Störungen vermieden werden.

pb. Verhaftungen. Festgenommen wurden 3 Schnitter aus Rußland, die dringend verdächtig sind, in Wilmsdorf i. M. Diebstähle ausgeführt zu haben. — Festgenommen wurde ein Zwangserziehungszögling, der aus der Erziehungsanstalt in Züllichau entwichen ist.

ph. Fahrverbot. In der Zeit vom 23. März bis zum 1. April d. Js. ist aus der Möbelkammer des hiesigen Stadttheaters ein Damenfahrrad Marke „Koler“ mit schwarzem Gestell, gelben Felgen, Freilauf, Kücktrittbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9621 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Schutzvorrichtung an dem Rade ist defekt.

pb. Entwendete Herrenjacke. Aus einem Hause der Marlesgrube ist ein blaues Herrenjackett mit weißen Streifen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Bodendiebstahl. Vom Boden eines Hauses der Kottwitzerstraße sind in den letzten Wochen zwei neue, noch nicht gewaschene Damenbekleider, bezeichnet „M. M.“ mit weißem Garn, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Folge eines technischen Verfehls hat sich gestern in den Artikel „Arbeiterkassette, Kirche und Schule“, zweite Spalte, letzter Absatz, ein schlimmer Fehler eingeschlichen, den unsere Leser sicher bemerkt haben werden. Richtig muß es heißen: „Und endlich, wenn der Verfasser jenes Artikels seine Anklagen gegen die Kirche dahin zusammenfaßt, daß es „ein Vergehen an der Jugend“ sei, sie weiter „der religiösen Volksverblödung“ auszuweichen, so möchte ich doch alle die Eltern, die einmal einer Konfirmation ihrer Kinder beigewohnt haben, fragen: „Habt ihr dabei wirklich den Eindruck gewonnen, daß eure Kinder durch die kirchliche Unterweisung verblödet sind?“ — In dem Bericht über den Stapellauf des „Vaterland“ wird gesagt, daß das Schiff 65 Passagiere 2. Klasse mitnehmen kann; es sind jedoch 600.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Aus der ersten Hälfte des neuen Spielplans wäre die Uraufführung des Lustspiels „Fräulein Direktor“ von Evers und Metterhausen am Dienstag, 8. April, besonders zu nennen. Der Mittwoch-Nachmittag ist mit einem fesselnden, allgemein verständlich gehaltenen Vortrag über: „Das Meer und seine Bewohner“, durch eine große Zahl wertvoller Lichtbilder vortrefflich illustriert, in der Hauptsache den Schülern und Schülerinnen aller Schulen gewidmet. (Nachmittagspreise.) Am Abend geht auf vielfachen Wunsch die burleske Operette „Autoliebchen“ zu kleinen Preisen noch einmal in Szene. Montag zum letzten Mal: „Der Tempel und die Jüdin“. Kurz soll auch noch auf das zweimalige Gastspiel von Karl Erb, den hier sehr beliebten und geschätzten Kämpfer am Freitag und Sonntag in „Lohengrin“ und „La Bohème“ hingewiesen sein.

w. Müll. Achtung, Landtagswähler! Die Urwählerliste liegt am 7., 8. und 9. April auf dem Polizeibureau während der Bureaustunden zur Einsichtnahme aus. Niemand versäume sich zu überzeugen, ob er als Wähler eingetragen ist. Wer nicht in der Urwählerliste verzeichnet ist, kommt nicht in die Abteilungsliste; deshalb ist die Urwählerliste ein. — Die Nationalliberalen im Herzogtum Lauenburg haben, nachdem der 2. Bürgermeister Herr Hünke in Lauenburg die übernommene Kandidatur niedergelegt, den hiesigen Aderbürger Danke, der auch in Stormarn kandidiert, als Kandidaten aufgestellt und die Liberalen werden auch diese Kandidatur unterstützen. Damit dürften die Liberalen der Unannehmlichkeit, eigene Wahlmännerkandidaten aufzustellen, entgehen sein. Daß die Nationalliberalen die Liberalen im Reichstagswahlkampf bestärkt haben, hindert unsere Sorte von Liberalen nicht; wenn die Stimmenabgabe öffentlich ist, geht man, um bei niemand Argwohn zu erregen, mit den Nationalliberalen. Acht liberal.

Hamburg. Protest gegen die neuen Rüstungs- und Steuervorlagen. Freitag abend fanden in allen drei Hamburger Wahlkreisen öffentliche Protestversammlungen statt, in denen folgende Resolution zur Annahme gelangte: Mit ihren neuen Wehrvorlagen hat die deutsche Reichsregierung das Signal zu einem erneuten Ausbruch des Rüstungswahns in Europa gegeben. Frankreich und England folgen dem bösen Beispiel Deutschlands auf dem Fuße; die anderen Nationen werden nicht zurückbleiben. So wird der Erfolg der neuen Heeresverpflichtungen für die Frage der Landesverteidigung gleich Null sein. Der militärische Panzer, in dem die Staaten Europas stecken, wird immer fürchtbarer und drückender, das Stärkeverhältnis aber bleibt das gleiche. Die Sicherheit des Friedens nimmt nicht zu, sondern wird in steigendem Maße gefährdet durch die fortgeschrittenen Rüstungen, die ein Ende mit Schreden immer unermesslicher machen. Schon ist das deutsche Volk durch den Maloch Militarismus soweit ausgepumpt, daß man bei der Dedung der Kosten die Reichen und Wohlhabenden nicht mehr übergehen kann. Aber der geringe e i n m a l i g e Anteil, den die Begüterten diesmal tragen sollen, ist nur die täuschende Hülle, mit der man die ärmeren Schichten die bittere Bille neuer ungeheurer, d a u e r e n d e r Aufgaben überziehen will. Die am 4. April 1913 versammelten Männer und Frauen durchschauen dieses frevelhafte Spiel. Sie erheben leidenschaftlich Protest gegen die neuen Rüstungspläne. Weit entfernt, ein Wehrlosmachung Deutschlands zu wollen, erkennen sie die Notwendigkeit einer Verteidigung des Vaterlandes gegen fremde Uebergriffe ausdrücklich an. Diese Verteidigung kann jedoch erst wirksam gestaltet werden durch die U m w a n d l u n g d e s s t e h e n d e n Heeres in eine Volkswehr, bei der unter Ausschaltung alles überflüssigen Paradebrills die militärische Ausbildung in erheblich kürzerer Zeit als heute geschehen kann. Die Verkürzung der Dienstzeit würde zugleich ein Mittel sein, heute schon die Wehrkraft ohne neue Belastung des Volkes zu erhöhen. In der Gewißheit, daß die Parteien des Reichstages — mit Ausnahme der Sozialdemokratie — alles, was die Regierung wünscht, bewilligen, aber nichts tun werden, um das Verlangen des Volkes zu erfüllen, fordern die Versammelten das gesamte werktätige Volk und alle Gegner des herrschenden Systems auf, einzutreten in die Armee der sozialdemokratischen Partei, deren Ziel in allen Ländern das gleiche ist: Beseitigung des Kapitalismus und des mit ihm verbündeten Militarismus; Herstellung des auf Freiheit und Solidarität gegründeten Selbstbestimmungsrechts der Völker!

Hamburg. Die Bürgerschaft hörte Mittwoch mehrere Jungferreden von ihren neugewählten Mitgliedern, die sich sämtlich durch löbliche Kürze auszeichneten, so daß die lange Tagesordnung bis auf einen kleinen Rest aufgearbeitet werden konnte. 18 Senatsanträge, die teils ohne Debatte genehmigt, nur der Antrag auf Unterstreichung der Männerheime der Heilsarmee führte zur Einlegung eines Ausschusses, der die Verhältnisse bei dieser fragwürdigen Wohlfahrtsanstalt einmal näher untersuchen soll. Auch diesmal bemühten sich einige Heilsarmeeoldaten, die

von unserem Genossen Hoffmann gegen die Christliche Liebestätigkeit der Heilsarmee erhobenen Bedenken durch begeisterte Lobesgänge zu überhören. Es gelang aber nicht wieder. Herr Martens war der Meinung, daß man im eigenen Interesse der Heilsarmee einmal klar sehen müsse, ob hinter dem religiösen Brimborium nicht wirklich ein ganz gewöhnliches kapitalistisches Ausbeutungsgeschäft steck. Herr Sirch hieb in die gleiche Kerbe. Und Genosse Kalnbach beleuchtete ebenfalls das Treiben der Heilsarmee. So werden nun die geschäftstüchtigen Haffelujamänner sich wohl oder übel eine kritische Prüfung ihres frommen Betriebes gefallen lassen müssen. Sonst gab es nur noch wegen der Vermehrung der Irrenhäuser — ein drittes soll in Groß-Hansdorf errichtet werden — eine kurze Debatte. Länger unterhielt man sich zum Schluß über die Frage der höheren Mädchenschulen, deren Zahl um zwei auf Grund eines Antrags vermehrt werden soll, was von der Bürgerschaft auch beschlossen wurde. Unsere Genossen ließen durch Krause ihre Zustimmung unter dem Vorbehalt, daß keine Vorschule miteingerichtet wird, erklären.

Kiel. In den Haaren liegen sich beide, nämlich Fortschrittler und Nationalliberale im Landtagswahlkreise Kiel. In den meisten preussischen Provinzen ist bekanntlich ein Wahlabkommen zwischen beiden Parteien geschlossen worden. Die Fortschrittler haben sich ja auch redlich bemüht, ein solches Abkommen für Schleswig-Holstein zustande zu bringen. Dabei hinderte sie der Umstand nicht, daß die Nationalliberalen auf dem Parteitag in Segeberg beschlossen haben, nur solche Kandidaten aufzustellen, die sich gegen ein allgemeines gleiches Wahlrecht für Preußen erklären. Mit dem Abkommen wurde es nichts, die Fortschrittler erhielten eine glatte Absage. Die Nationalliberalen fühlten sich mehr zu den Konservativen hingezogen. Jetzt liegen sich beide in den Haaren. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Struve steigt dem nationalliberalen Landtagskandidaten Landgerichtsrat Lohmeyer in den Versammlungen, die dieser abhält, nach und wirft den Nationalliberalen vor, sie hätten die Fortschrittler mit unredlichen Mitteln überumpelt. Die Nationalliberalen antworten, daß an eine Einigung für die nächste Zeit nicht zu denken sei. In einer Versammlung in Neumünster ist es sogar zu tumultuarien Szenen gekommen. Als Struve dem nationalliberalen Parteisekretär Wenten bewußte Verleumdung der Fortschrittler vorwarf, wurde er durch tumultuarige Zwischenrufe am Weiterreden gehindert, und als er ein zweites Mal das Wort ergriff, wurde er sogar niedergeschrien. Trotz alledem hört man aus Struves Reden heraus, daß die Fortschrittler auch heute noch nichts Schlimmeres wünschen, als mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden Hand in Hand zu gehen. Bis zu den Stichwahlen haben die Fortschrittler tiefe Behandlung durch die Nationalliberalen auch längt wieder vergessen und sie gehen dann wieder gemeinschaftlich mit den nationalliberalen Wahlrechtsfeinden gegen die alleinigen Freunde des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, gegen die Sozialdemokratie.

Schönberg. Der Landtag für das Fürstentum Rügenburg war Donnerstag zu einer Sitzung berufen, um den von der Regierung vorgelegten Entwurf einer Gemeindeordnung für die Landgemeinden des Fürstentums Rügenburg zu beraten. Es wurde beschlossen, daß die Zusammenlegung einzelner Gemeinden nur nach Anhörung der Gemeinde und mit Zustimmung des Landtages erfolgen soll. Bezüglich dieser Bestimmung bezweifelte der Vorsitzende, Landdrost v. Walsahn, ob die Regierung darauf eingehen werde, da nach Einführung einer Verfassung ein allgemeiner Landtag einzgesetzt werde, werde dieser auch über die Gemeindeordnung zu befinden haben. Der Landtag des Fürstentums solle zwar bestehen bleiben, aber seine Befugnisse würden eine Einschränkung erfahren. Er werde nur über bestimmte Sachen, so über das Schul-, Armen- und Krankenwesen befragt und zu Gutachten darüber aufgefordert werden. Der Landtag beschloß daher, die Regierung zu ersuchen, daß dem Landtage des Fürstentums die Zustimmung zur Gemeindeordnung vorbehalten bleibt. Da noch in verschiednen Punkten Änderungen gewünscht wurden, wurde eine Kommission eingesetzt, welche mit der Landdrost und unter Zuguhung eines Vertreters des Ministeriums den Entwurf nochmals beraten und die geltend gemachten Wünsche berücksichtigen soll. Zum Schluß stand die Verordnung über die Ablösung einzelner auf dem bäuerlichen Grundbesitz ruhender Leistungen und Dienste, wie Deputatholzfuhrer, Holzhaugelder, Kapitalsfuhrer, Hand- und Spanndienste zur Beratung. Die bäuerlichen Vertreter erklärten von vornherein, daß ihnen die Vorlage nicht weit genug gehe. Der auf 5,49 Mark festgesetzte Satz für die Ablösung der Spanndienste müsse auf 3,95 Mark ermäßigt werden. Der Landtag lehnte schließlich die ganze Vorlage ab, obgleich man mit den übrigen Ablösungsbedingungen einverstanden war. Man erklärte einfach, entweder alles oder nichts abzulehnen zu wollen.

Schwerin. Die Verfassungskommission. In der Verfassungsangelegenheit beabsichtigt die Regierung, einen neuen Entwurf dem außerordentlichen Landtage in Schwerin vorzulegen, der auf die Wünsche der Ritterschaft zugeschnitten ist. Um unter den Bürgermeistern für ihre Pläne Anhang zu gewinnen, hat sie mit ihnen Verhandlungen angeknüpft. — Der erste Paragraph dieser Verfassung würde sicher lauten: Et blwat alles bien ollen!

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.
Sonntag, 6. April: „Die verkaufte Braut“, komische Oper von Friedrich Schmetana. — Montag, 7. April: „Der Tempel und die Jüdin“, große romantische Oper von Marschner. — Dienstag, 8. April: „Fräulein Direktor“, Lustspiel von R. Fr. Evers und Otto Metterhausen. — Mittwoch, 9. April, nachm.: Schülervortrag „Das Meer und seine Bewohner“, mit Lichtbildern. — Abends: „Autoliebchen“, burleske Operette von J. Gilbert. — Donnerstag, 10. April: „Die verkaufte Braut“, komische Oper von Friedrich Schmetana. — Freitag, 11. April: Gastspiel von Karl Erb, „Lohengrin“, Oper von Richard Wagner. — Sonnabend, 12. April: „Agnes Bernauer“, ein deutsches Trauerspiel von Friedr. Hebbel. — Sonntag, 13. April, nachm.: „Im weißen Rössl“, Lustspiel von Minnenthal und Kadelburg. — Abends: Gastspiel von Karl Erb, „La Bohème“, Oper von G. Puccini.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

erzielen Sie mit einigen Tropfen

Schmackhaftes Gemüse

MAGGI'S Würze.

Erst beim Anrichten beifügen.

MAGGI'S gute, sparsame Küche.





Der
große Erfolg

und der stetig steigende Umsatz ist der beste Beweis für die Leistungsfähigkeit meiner grossen Spezial-Abteilung für

Herren- und

Knaben-Kleidung.

Durch den enormen Bedarf sind mir beim Einkauf besondere Vorteile geboten, welche meiner werten Kundschaft in den äusserst niedrig gestellten Preisen zugute kommen.

Herren-Anzüge

Moderne Frühjahrs- u. Sommer-Anzüge aus fein gestreiften u. kleingemusterten Modestoffen, in ein- u. zweireihig. Formen

14⁷⁵ 19⁵⁰ 26⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰ 44⁵⁰

Herren-Paletots

aus marengo Cheviot, Melton oder Cover-Coat in vornehmer Machart, bessere Preislagen mit Seidenfutter

19⁵⁰ 26⁵⁰ 32⁵⁰ 39⁵⁰ 44⁵⁰ 52⁰⁰

Herren-Anzüge

Vornehme Frühjahrs- u. Sommer-Anzüge, in flotten ein- und zweireih. Formen, aus hochmod. Stoffen in eleg. Verarbeitung

23⁵⁰ 29⁵⁰ 36⁵⁰ 48⁵⁰ 56⁵⁰ 64⁵⁰

Herren-Ulster

Einreihig oder zweireihig zum Durchknöpfen, teilweise auch mit Rückengurt, aus modern. Noppen- od. Diagonal-Cheviot

26⁵⁰ 34⁵⁰ 39⁵⁰ 44⁵⁰ 49⁵⁰ 59⁰⁰

Jünglings-Kleidung

Seit Jahren widme ich dieser Abteilung die denkbar grösste Aufmerksamkeit. Ich verwende nur moderne, erprobte tragfähige Stoffe mit wirklich guten Zutaten. Dieses ist die beste Gewähr für vorteilhaften Einkauf.

„Efma“

Ersatz für Maß-Anfertigung ist meine bessere fertige Herren-Bekleidung.

„Efma“ -Verarbeitung ist effektiv das Vollkommenste was in fertiger Herren-Bekleidung herzustellen ist.

„Efma“ -Verarbeitung ist in Sitz und Paßform erstklassig und bietet Herren, welche nur Maßgarderoben getragen, besten Ersatz.

„Efma“ -Verarbeitung ist im Äußeren sehr geschmackvoll und hat eine elegante und vornehme Ausstattung.

„Efma“ -Herren-Bekleidung wird von befähigten ausgesuchten Schneidern sorgfältig hergestellt und ist nicht anderweitig am Platze vertreten.

Knaben-Kleidung

Meine Läger sind stets mit den letzten Neuheiten versehen. Auch in dieser Saison habe ich auf die solide Mittelpreislage besonderen Wert gelegt, um meiner werten Kundschaft gute Qualitäten bei mässigen Preisen zu bieten.

Rudolph Karstadt

Die auswärtige Politik in der Budgetkommission.

Am Donnerstag nahm die Budgetkommission des Reichstags ihre Arbeiten mit der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Schreiben des national-liberalen Abg. Semler verlesen, worin er mitteilt, daß er in Zukunft keine Kolonialreferate mehr übernehmen werde, infolge der von sozialdemokratischer Seite gegen ihn gerichteten Angriffe. Damit ist, dank der sozialdemokratischen Kritik, der Skandal beendet, daß ein an kolonialen Spekulationsgesellschaften lebhaft beteiligter Parlamentarier auch gleichzeitig Kolonialreferent ist. Unschonend hat Herr Semler einem Druck der national-liberalen Fraktion weichen müssen, die die Verantwortung für den Skandal doch nicht mehr glauben zu können. Zur Teilnahme an der Donnerstagstagung war auch der Reichskanzler eingeladen worden. Er lehnte aber sein Erscheinen ab und will am Montag im Plenum über die auswärtige Politik sprechen. — Abg. Bassermann berührte als Referent eine Anzahl schwebender politischer Fragen und verlangte vor allem Auskunft über die Situation auf dem Balkan.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, beantwortete in zum Teil veriraulichen Ausführungen eine Reihe von Fragen, die mit dem Balkankrieg im Zusammenhang stehen. Zunächst machte er die Mitteilung über die Entstehung des Balkanbundes, der ursprünglich als eine Vereinigung sämtlicher Balkanstaaten mit Einschluß der Türkei gedacht, infolge der ablehnenden Haltung der Pforte als Vereinigung der nicht türkischen Balkanstaaten zustande kam und mit der Spitze gegen die Türkei etwa im Juni 1912 endgültig abgeschlossen wurde. Der Staatssekretär ging sodann auf die Frage ein, ob die deutsche und europäische Diplomatie durch den Ausbruch des Krieges überrascht worden sei. Tatsächlich habe in den Hauptstädten der Balkanstaaten noch bis in die letzten Tage vor dem Ausbruch des Krieges die Stimmung geschwankt und der Kriegsbeginn sei gegen die Absicht der anderen Verbündeten durch den frühzeitigen Losbruch Montenegros erfolgt. Der Staatssekretär erörterte dann die verschiedenen diplomatischen Phasen des Krieges, die Aufgabe der Statusquo-Formel, die durch die von allen Mächten angenommene Formel der Lokalisierung ersetzt wurde, besonders auf die Entwicklung der albanischen Frage, bei der die deutsche Diplomatie sich ständig auf Seiten unserer Verbündeten gehalten habe, unter Benutzung jeder Gelegenheit zu vermittelndem Eingreifen. Im ganzen Verlauf dieser Frage habe Deutschland treu zu Österreich-Ungarn gestanden und sei auch sofort auf den Wunsch seines Verbündeten bereit gewesen, an der Flottendemonstration an der montenegrinischen Küste teilzunehmen. Wie sich bei weiterer Hartnäckigkeit Montenegros diese Angelegenheit weiter entwickeln werde, darüber lasse sich heute noch nichts sagen. Der Staatssekretär stellt hierbei fest, daß sämtliche Mächte dahin übereinstimmen, daß Skutari, die größte von Albanen bewohnte Stadt, zu Albanien geschlagen werden solle, nachdem über die

Zuweisung von Ipef, Brizrend und Djakowa an die Balkanverbündeten eine Einigung erzielt worden sei. Ueber den Gang der Verhandlungen, die den bulgarisch-rumänischen Ausgleich betreffen, lassen sich Einzelheiten gegenwärtig nicht mitteilen. Deutschland ist hier bemüht, den rumänischen Wünschen nach Möglichkeit zum Erfolg zu verhelfen. Der Staatssekretär ging sodann auf den Zweck der gemeinsamen Note ein, die vor dem Sturze des Kabinetts Riamil an die Pforte gerichtet worden ist. Es handelte sich darum, nach dem Zusammenbruch der Türkei für diese das Mögliche zu sichern. Die Vorgänge in Konstantinopel machten die Bemühungen der Mächte fruchtlos. Die Gesamtheit der finanziellen Fragen werde unter Zuziehung von Sachmännern in Paris erörtert werden. Vorbesprechungen seien seit einiger Zeit im Gange. Die Grenze Midie-Gnos sei jetzt auf Anregung Rußlands zur möglichst schnellen Beendigung der Feindseligkeiten von den Mächten den Kriegsführern vorgeschlagen und von der Türkei bereits angenommen worden. Die Neußerungen der Balkanverbündeten zu den Mediationsvorschlügen ständen noch aus. Die Frage der Inseln, deren Lösung sich die Mächte vorbehalten hätten, böte erhebliche Schwierigkeiten. Deutschlands Politik gehe dahin, diese Frage tunlichst in einer Weise zur Lösung zu bringen, daß der asiatische Besitz in der Türkei nicht gefährdet werde. Hinsichtlich des asiatischen Besitzes der Türkei gingen die Bemühungen der deutschen Diplomatie darauf, den Status quo zu erhalten und die Lebensfähigkeit der Türkei zu stützen. Die Dardanellenfrage habe bisher keine Macht angeknüpft.

Auf weitere Anfragen gaben sowohl der Staatssekretär als der Unterstaatssekretär Zimmermann Auskunft. Der Unterstaatssekretär machte dabei nähere Mitteilungen über die diplomatische Vertretung von Reklamationen deutscher Firmen und anderer Staatsangehöriger, die durch die Balkanereignisse in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Bei den Beratungen der Londoner Botschafterversammlung sei über gewisse Grundsätze, die für die Heranziehung der Balkanstaaten zur türkischen Staatsschuld maßgebend sein sollen, eine vorläufige Einigung erzielt worden. Danach sollen die Verbündeten denjenigen Teil der Schuld übernehmen, der den Einnahmen der an sie abzutretenden Gebiete entspricht. Ferner sollen die Balkanstaaten hinsichtlich aller Konzessionen und Staatsverträge, die sich auf die ihnen zufallenden türkischen Gebiete beziehen, an die Stelle der türkischen Regierung treten. Die Einzelheiten sollen unter Zuziehung der Türkei und der Balkanstaaten von einer nach Paris zu berufenden internationalen Kommission geregelt und die dort auszuarbeitenden Protokolle in den Friedensvertrag aufgenommen werden. Die Pariser Kommission soll sobald als möglich zusammentreten. Schon in diesen Tagen beginnen Vorbesprechungen zwischen der französischen Regierung und den Botschafteräten der Großmächte, zu denen hervorragende Finanzmänner und Delegierte der Dette Publique Ottomane als technische Berater hinzugezogen werden. Bei der Ausübung des Schutzes der Türken habe man sich naturgemäß auf die Stammländer der Kriegführenden beschränkt. Deutschland habe leider nicht das Recht und die Macht gehabt, die Uebergriffe zu verhindern, die im Gebiet der kriegerischen Operationen, d. h. auf türkischem Boden, gegen die einheimische Bevölkerung vorgekommen sind. Es

sind hierüber zwar übertriebene Schilderungen in die Presse gekommen, doch scheint das, was sich wirklich ereignet hat, beklagenswert genug. Eine Nachprüfung im einzelnen war selbstverständlich nicht möglich. Es sind aber alle zur Kenntnis gekommenen Vorfälle bei den Regierungen der Balkanstaaten zur Sprache gebracht und es sei nach Kräften auf Abstellung des Unwesens hingewirkt worden. Zu entsprechenden Schritten seien die Mächte veranlaßt.

Genosse Scheidemann führte aus: Nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs wissen wir nun mit Bestimmtheit, daß die Diplomatie von dem Ausbruch des Balkankrieges vollkommen überrascht worden ist. Nachdem Herr Poincaré die Parole vorgeschlagen hat: „der Status quo der Türkei muß unter allen Umständen erhalten bleiben“, hat sich die deutsche Regierung dieser Parole angeschlossen. Nach dem Verlauf der Ereignisse darf man jetzt unter Hinweis auf jene Parole der Mächte sagen: Die Diplomatie war vollkommen ahnungslos. Speziell unsere Diplomatie hat keine Ahnung gehabt von den Kriegsrüstungen Bulgariens. Von großem Interesse ist die Teilnahme Deutschlands an der Flottenregatta, die in diesen Tagen an der Küste Montenegros stattfindet. Oesterreich verlangte, daß wir ein Schiff senden sollen: so fort wird das Schiff abgeschickt. Was soll dann aber werden, wenn König Nikita auf die Regatta pfeift? Der Herr Staatssekretär weiß es nicht, nach seinem eigenen Zugeständnis. Wir müssen uns besser überlegen, wohin der zweite Schritt gehen soll, wenn der erste nicht zum Ziele führt? Von den Forderungen Rumäniens auf Silistria hat der Staatssekretär gesagt, daß sie „strengrechtlich wenig zu halten seien“. Trotzdem will Deutschland sich für Rumänien einsetzen! Sollen also unsere deutschen Truppen unter Umständen marschieren und schießen, um für haltlose Forderungen Rumäniens zu kämpfen?

Abg. Lebeour erklärt, die Sozialdemokraten begrüßten die Annäherung zwischen Deutschland und England um so mehr mit größter Genugtuung, da unsere Partei eher und entschiedener als irgend eine andere Partei für ein freundschaftliches Verhältnis zu England eingetreten sei. Weiteres werde sich darüber im Plenum sagen lassen. Mit den Bemühungen der Reichsregierung auf die Erhaltung der Türkei in ihren asiatischen Gebieten hinzuwirken, könne die Sozialdemokratie sich einverstanden erklären, doch würde sich das nur erreichen lassen, wenn die türkische Regierung gegenüber anderssprachigen Bevölkerungs teilen in der asiatischen Türkei eine verständigere auf Achtung ihrer nationalen Eigenart gerichtete Politik betreiben würde als gegenüber den Balkanländern, denn auch in Asien bilden die Türken im Türkenreich nur eine Minderheit. Die deutsche Regierung werde deshalb gut tun, ihren Einfluß in dieser Richtung bei der türkischen Regierung zur Geltung zu bringen. Redner fragte, wie es sich mit der Nationalität der Bevölkerung der Serbien zugewiesenen Städte Dschakowa, Ipef und Brizrend verhalte und spricht den Wunsch aus, daß den Balkanstaaten in den ihnen zufallenden Gebieten religiöse und nationale Toleranz gegenüber den ihnen einverleibten Bevölkerungsteilen zur Pflicht gemacht werde. Es sei verkehrt, wie das Herr Bassermann versucht habe, Oesterreich zu einer Politik als „germanische Vormacht“ gegenüber den Balkanstaaten anzustacheln. Im Interesse Oesterreichs wie Deutschlands läge es, die Balkanstaaten, womöglich in einem Balkanbund, sich frei ent-

Anna.

Roman von Th. Mügge.

(10. Fortsetzung.)

Sie wollen also wahrscheinlich mich darum nicht nach Hause begleiten, wie ein guter Sohn, sagte der alte Herr, weil Sie eine lustige Stunde vor sich haben, eine einsame Promenade mit der Angebeteten oder dergleichen, ist es nicht so?

So ist es, erwiderte Wilberg, ich will ihr heut gestehen, daß ich sie über alle Maßen liebe. — Was sind Sie zu bedauern, Herr Frese, daß Sie solche Stunden auf ewig entbehren müssen.

Glauben Sie, daß ich dergleichen alle Tage haben könnte! rief Herr Frese; für Geld ist alles zu haben. Liebe, Treue, Glaube, alles wird gekauft und namentlich Weiberliebe! Ich wette keinen Groschen dagegen, daß Ihre angebetete Stephanie Sie sitzen läßt, wenn heut einer kommt, der ihr mehr verspricht.

Sie verleumdend! sagte Wilberg. Sie sind einer jener verkümmerten Menschen, die nichts lieben und nichts achten, weil Sie im eigenen Herzen nie den Maßstab für andere fanden; aber dennoch möchte ich glauben, daß Ihr Leben Sie Lügen strafft. Es kann nicht so traurig vergangen sein, daß Sie darin nicht wenigstens einen Menschen fanden, der Ihnen Achtung oder Haß vor seiner Tugend einflößte; der vom Gelde nicht verlockt, um Geld nicht käuflich war; und vielleicht ist es sogar ein Weib gewesen, vielleicht war es ein Mädchen, die Sie mit all ihrem Golde nicht mochte und einem armen Geknechten ihre Hand reichte. Gestehen Sie, das ist es. Dieser Schicksalspaß hat Sie um alle Fassung gebracht, und aus Krieger darüber haben Sie allen Weibern Haß und allen Männern Raube geschworen.

Der alte Herr schien über diese Beschuldigung ärgerlich zu werden. Er schüttelte den Kopf, wollte etwas antworten, schwie aber still und versuchte sein gewöhnliches grinsendes Lächeln, allein es wollte nicht glücken. Hestig nahm er eine furchtbare Pfeife und blies vor sich nieder, als dante er an etwas, woran er lange nicht gedacht hatte; dann lehnte seine alte Unverschämtheit zurück, und Verachtung oder Haß, oder beides zugleich blies aus seinen Augen. — Wenn es hart ist, daß es solche tugendhafte Narren gibt, sagte er, so habe ich wenigstens nie mit ihnen zu schaffen gehabt. Praktisch sein ist die Hauptsache in dieser Welt, Phantasien und Schwärmer sind mir immer ein Greuel gewesen; Romanehelden und dergleichen oder verlebte Weiber sind eine Pest für die menschliche Gesellschaft. Aber ein Ged gilt den Mädchen mehr als ein verständiger Mann, und je unsinnigeres Zeug einer vorbringen kann, um so lieber ist er ihnen. — Die laute Stimme,

mit der er sprach, und sein Gesicht drückten den Anteil aus, den er daran nahm, bis ihn die spöttischen Mienen seines Nachbarn erinnerten, daß er aus der Rolle falle. — Ja, Sie, rief er im alten Tone, mit Ihnen ist es freilich anders. In Ihrer Welt muß alles voll Tugend und Begeisterung sein. Die gewöhnliche Ordnung ist nichts, alle Mädchen sind Engel, und Fräulein Stephanie sitzt in einer Wolke von Abendröte mit Sternen gestickt und lächelt holdselig herunter. Ich bin aber überzeugt, es ist Ihnen schon oft so gegangen, und keine Woche, wo nicht irgend ein Mensch, der die Menschheit an sein Herz drückt, oder ein Mädchen, das für den Geknechten ins Wasser springt, Ihnen über den Weg läuft.

So häufig kommt es freilich nicht vor, sagte Wilberg lachend, aber vor ein paar Wochen lernte ich wirklich einen Mann und eine junge Dame kennen, die Ihre Zweifel an menschlicher Würde zu schanden machen könnten.

Also Reisebekanntschaften mit tugendhaften Naturkindern, das ist interessant! rief Herr Frese. Die Idyllen mit Scherinnen und Hirten sind leider ganz aus der Mode gekommen.

Es war auch keine Idylle, erwiderte Gustav. Es war ein Mann, der Welt und Menschen besser kannte wie Sie, aber Herz und Gemüt besaß für deren Leiden und Jörn gegen die Ungerechten. Um alles Gold der Erde würde dieser Mann kein Unrecht begehen können, und um keine Krone würde das Mädchen ihre Hand verhandeln.

Alle Wetter! rief Herr Frese, es ist gut, daß Fräulein Stephanie das nicht hört und Ihr Gesicht dabei sieht. — Wo leben denn die beiden kostbaren Exemplare? Sie sind ja in Rostock gewesen, leben sie etwa in Medlenburg?

Wenigstens nicht weit davon, erwiderte Herr Wilberg. Herr Frese schlug ein schallendes Gelächter auf. An der medlenburgischen Grenze! schrie er; dort also ist das Ajal der Tugend. Wo man die Zollinspektoren tot schlägt, wohnt der weiseste und edelste aller Sterblichen. Hier hielt er plötzlich inne, denn hinter ihm ließ der fremde Herr das Journal, das an einem langen Holzstabe befestigt war, hart auf den Tisch fallen, indem er aufstand und den Stuhl, auf welchem er gesessen hatte, zurückstieß.

Der alte Herr sah sich um, Wilberg ebenfalls. Der Fremde nahm seinen Hut und zog die Handschuhe an, während er seine Blicke fest auf die beiden Beobachter richtete. Es war ein Mann von untersterer starker Figur, schwarz gekleidet und auffallend blaß. — Ein brauner bläher Bart umzog sein Gesicht und bedeckte die Oberlippe; ein ungeheurer Wald von Haar legte sich in Ringen und Locken um seine breite Stirn, und zu dem großen ernstblickenden Augen paßte der Zug melancholischer Verblüffung, welcher um seine Lippen schwebte.

Den haben wir auch in seinem Vergnügen gestört, sagte Herr Frese, sehr beklüftet von dieser Vorstellung. Er sieht aus, als wollte er uns verschlingen statt der Pfeife, die er da stehen läßt. Nun, Sie wollen also wirklich fort? fragte er dann, als er Wilberg aufstehen sah. Es ist merkwürdig, was verlebte Leute ungeduldig sind. Ich hätte Ihnen noch so viel Scherereien und Schönes zu erzählen, wir könnten zusammen Kaffee trinken, aber Fräulein Stephanies schalkhafte Augen sind freilich ganz andere Magnete, als meine Weisheit. Nun warten Sie, ich gehe mit.

Ein andermal, rief Wilberg, indem er sich schnell auf den Weg machte. — Denken Sie inzwischen darüber nach, was Sie von meiner Mutter oder von Menschen, die sonst in ihre Nähe geraten, Späßhaftes erfinden können. Der alte Herr lächelte so laut er konnte, bis der gekränkte Doktor verschwunden war.

Fräulein Stephanie sah am Nachmittag dieses Tages allein in dem Gesellschaftszimmer, oder vielmehr nicht ganz allein, denn während sie den Sessel in der Fensternische eingenommen hatte, schlief ein ältlicher Herr in der Sophaede unverkennbar fest. — Das junge Mädchen warf von Zeit zu Zeit einen Blick auf den Herrn, als wünschte sie, daß er aufwachen möge, aber sein Kopf mit dem spärlichen Haar lag ihm schwer auf der Brust, und das dicke Gesicht mit dem Schnurrbart schien hernah ein Toten anzugehören. Leise zog die junge Dame endlich ein Papier in Briefform aus der Tasche ihres Kleides und eben wollte sie es öffnen, als ein Geräusch an der Tür eine blitzschnelle Bewegung ihrer Hand nach sich zog, mit welcher jenes Papier verschwand. — Einen Augenblick darauf trat eine Dame herein, die von einem Stille heischenden Blicke Stephanies und einem Ausstrecken des Zeigefingers nach dem Sopha empfangen wurde.

Die Dame beantwortete lächelnd diese Zeichen und ging auf den Sessel weiter, bis sie neben dem Fräulein sich niederlegte und ihr Gespräch damit begann, daß sie ebenfalls ein Papier in Briefform aus der Tasche zog und es Stephanien entgegen hielt.

Lies das, sagte sie leise, ich habe es soeben erhalten. Von der Geheimrätin Wilberg, erwiderte das Fräulein, einen Blick auf die Schriftzüge werfend.

Die Dame nickte und öffnete den Brief, den Stephanie nahm, bis nach einigen Augenblicken ihr ganzes Gesicht von einer schnellen Röte überzogen wurde, und sie die Hand langsam fallen ließ.

Nun? sagte Frau von Ortelshelm, ihren Arm um sie legend.

Liedste Mutter! flüsterte das Fräulein, ich bin sehr erschrocken. (Fortsetzung folgt.)

wideln zu lassen. Auf die Weise wird vermieden werden, daß die slavischen Balkanvölker ins Schlepptau Rußlands kämen.

Aus der Partei.

Ein sozialdemokratischer Preßjünger. Genosse Rauch von der „Volkszeitung“ in Zittau sollte in einem Artikel in der „Volkszeitung“ den in der Mehrzahl antimilitaristischen Stadtrat in Bautzen beleidigt haben. Er hatte sich deshalb vor dem Schöffengericht in Zittau zu verantworten. In dem Artikel wurde von dem Stadtrat verlangt, Auskunft darüber zu geben, ob für die auswärts wohnenden Großabnehmer von Strom vom städtischen Elektrizitätswerk Verkaufspreise unter Selbstkosten festgesetzt seien, wogegen die städtischen Stromabnehmer mehr zahlen müßten. — An diese Anfrage waren einige Betrachtungen über die vernünftige Antwort des Stadtrats geknüpft, die als Beleidigung angesehen wurden. Genosse Rauch erhielt 300 Mark Geldstrafe.

Preßprozeß. Vor dem Düsselbacher Schöffengericht hatte sich am Mittwoch der Genosse Paul Gerlach von der Düsselbacher „Volkszeitung“ wegen Beleidigung des Bürgermeisters von Benrath (Kreis Düsseldorf) und eines Postzeitungsleiters zu verantworten. Am 26. Januar, einem Sonntag (1), war auf einem Neubau in Benrath ein Bauarbeiter abgehängt und hatte sich schwere Verletzungen zugezogen. Im Anschluß an einen Bericht über diesen Unfall hatte Gen. Gerlach die mangelhafte Baukontrolle scharf kritisiert. Durch diese Kritik fühlten sich die beiden Beamten beleidigt, und schickten eine Erhebung der Staatsanwalt an. In der Verhandlung wurde die mangelhafte Baukontrolle erwiesen, der angeklagte Redakteur aber trotzdem wegen Beleidigung, die in der Art der Abhängigkeit liegen soll, zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Schuldsatz § 193 Str. G. B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) wurde dem Angeklagten verweigert, weil er angeblich das Maß einer objektiven Kritik überschritten habe.

Preßprozeß. Wegen Beleidigung des eifässigen Reichstagsabgeordneten Harrer Dr. Hagen hatte sich Genosse Fischer von der Straßburger „Freien Presse“ zu verantworten. In einem Artikel wurde die Abkündigung dieses Abgeordneten, der für die selbst von ihm als Korruptionsfonds angelegene Ostmarkenzulage gestimmt hat, weil auch die eifässlich-englischen Beamten dabei bedacht werden sollten, mit einigen recht scharfen Worten geäußert. Genosse Fischer wurde zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Bewerkshafsbewegung.

Zur Ausperrung im Malergewerbe. Die letzte Zusammenstellung des Unternehmerverbandes über die Zahl der ausgesperrten, die oberflächlich betrachtet, äußerst pompos aussieht, bei genauerem Ansehen aber die Angaben der Gehilfenorganisation voll bestätigt, ruft in Unternehmerkreisen lebhaftes Erstaunen hervor. Wenn von 36 150 ausgesperrten berichtet wird und darunter 11 800 Arbeitslose und 8 207 solche Gehilfen sein sollen, die einen Revers unterschrieben haben und daher weiter arbeiten, so ist es eben selbstverständlich, daß tatsächlich nur 16 143 ausgesperrte vorhanden sind. Der Verband der Maler zählt aber jetzt deren 14 905 einschließlich Arbeitslose; dazu kommen rund 1200 christlich und sozialdemokratisch organisierte, in Summa also rund 16 900. So sehen die Unternehmer nach und nach ein, daß sie von ihren Führern hinteres Licht geführt werden. Darauf, wie auf die jetzt herrschende gute Konjunktur ist es zurückzuführen, wenn die Sondertarife der Gehilfen immer mehr Verbreitung finden. So arbeiteten vorige Woche, um nur einige Beispiele herauszugreifen, zu neuen Bedingungen in Wiesbaden 350 Gehilfen, in Frankfurt a. M. 651, in Darmstadt 170, in Offenbach 61, in Chemnitz 195, in Leipzig 260, in Halle 75, in Mannheim 127, in Stuttgart 251; im Bezirk Frankfurt a. M. arbeiteten bereits 1474 Gehilfen zu neuen Bedingungen, während nur noch 1970 ausgesperrt sind. Der Unternehmerverband verteidigt seine Mitglieder auf die kommenden Verhandlungen; bis dahin sollen sie noch standhaft bleiben. Nun, allerdings sollen am 8. April voraussichtlich Verhandlungen beginnen, ganz bestimmt ist dieser Tag aber noch nicht festgelegt, und ob die ersten Verhandlungen sofort einen Abschluß bringen, ist keineswegs sicher, denn es scheint, als hätten sich die Unternehmer, wenigstens gewisse Schaftmacher unter ihnen, so festgesetzt, daß sie kaum von ihrem eigenartigen Standpunkt abgehen werden. Denn ist aber eine Einigung denkbar. Darum können auch die ausperrenden Unternehmer in der nächsten Woche noch keineswegs bestimmt mit der Erledigung der vom Unternehmerverband mutwillig herausbeisetzenden Differenzen rechnen.

Der Streit in der Stenographenvereins. Die Streikbewegung hat jetzt entschieden ihren Höhepunkt erreicht. Die Unternehmer werden gedrängt, den Schriftverkehr aufzunehmen, was ihnen jedoch unmöglich ist, so lange der Streit dauert. Der Reich der Obergesellschaften, den Bergversteher zu eröffnen, ist wie vorausgesehen war, mißlungen. Einige Dampfer, die die Fahrt aufnehmen, sind betriebsunfähig geworden, auf einem sind die Kessel ausgebrannt, auf einem anderen Dampfer ist die Röhre geplatzt; die Anhängeschiffe nahen unterwegs liegen bleiben und die Dampfer zur Reife gebracht werden. Bei der unangenehmen Bedienung der Schiffe durch Arbeitswillige sind Havarien an der Tagesordnung. Ein Teil der bürgerlichen Presse ist natürlich wieder jenseitig bei der Hand, die streikenden Schiffsmannschaften zu verurteilen, daß sie diese Beschädigungen verschuldet haben. So wurde u. a. behauptet, daß die Raubergierung auf einem Dampfer in Breslau, wobei ein 75jähriger Schiffer und ein Junge ums Leben kamen, aus Konto der Streikenden zu setzen sei, da sie den Regel des Schiffsverkehrs in diesen gepreßt und so den Erstickungsstod der beiden verursacht hätten. Dieses ist, wie wir gestern schon nachwies, natürlich vollkommen Unfug. Der offizielle Polizeibericht befragt denn auch, daß der Unfall sich anders zugetragen haben müsse, und daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen worden sei. Wichtig ist, daß die Röhre des Rohres nach unten auf dem anderen Teil des Rohres geplatzt ist, der Polizeibericht stellt aber fest, daß das Rohr eine große Senke hat, durch die das Gas abziehen konnte; ferner ist die Röhre nicht mit Kupf bedeckt, was der Fall sein mußte, wenn das Gas durch sie zurückgehalten worden wäre. Es kennzeichnet die Moral dieser bürgerlichen Presse, die solche Unglücksfälle trotz behördlich festgestellten Tatsachen des streikenden Stenographen in die Schuhe schiebt, die sich aber in Stillhewigen hält, wenn bei täglich von Arbeitswilligen auf Streikposten geschossen wird. Solche böse Mittel sind nicht dazu geeignet, die Gewartheit der Verantwortlichen bei nun schon Monate lang andauernden Schiffsmannschaften zu entziehen.

Zur Streit in der Stenographenvereins. Der Streit scheint sich gegenwärtig zu beruhigen. Die Hafenarbeiter in den Häfen werden mit in die Bewegung hineingezogen. Von den Hafenarbeitern wird verlangt, daß sie die Arbeit aufnehmen, die jetzt von Schiffsmannschaften verrichtet wird. Die Hafenarbeiter lehnen dies ab und verweigern überhoben auf Sonntagarbeit. Die Behörden auf der anderen Seite haben zum Arbeitsbeginn geordnet.

Zur Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien. Die polnische Berufsvereingung der Bergarbeiter hat nunmehr beschlossen, daß auf einer Anzahl Gruben Oberschlesiens die Kündigungen der Bergarbeiter am 5. April bei den Werken eingereicht werden sollen. Wie verlautet, handelt es sich um 24 Schachtanlagen. Der Bergarbeiterverband hat gegen den Streik die größten Bedenken ausgesprochen, schließlich aber der polnischen Berufsvereingung, weil sie dreiviertel der organisierten Bergarbeiter zu vertreten hat, die Entscheidung überlassen. Diese hat, wie wir der nationalpolnischen Presse entnehmen, den Beschluß gefaßt, die Kündigungen einzureichen. Der Bergarbeiterverband hat daraufhin der polnischen Organisation mitgeteilt, daß, wenn der von ihr beschlossene Streik ausbräche, die Mitglieder des Verbandes zur Solidarität angehalten würden. Beschäftigt sind im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens über 120 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit kann man gespannt sein.

Ein Streit in der Schreibmaschinenfabrik „Mercedes“ in Mehlis in Thür. dauert nun schon sechs Wochen. 230 Arbeiter sind noch ausständig von 326 zu Anfang Ausständigen, die übrigen, meistens Familienväter sind abgereist und haben anderwärts Arbeit gefunden. Die Firma läßt es sich viel Geld kosten, um Streikbrecher zu bekommen. Die verhasste Organisation, der Metallarbeiterverband, soll aus dem Betriebe verdrängt werden. Sogar an die Streikenden versendet die Firma ihre Werbungsschreiben, und jeder wird angenommen, der erklärt, daß er aus dem Verband ausgetreten ist. Von preußischen und gotschischen Gendarmen werden die Herren Streikbrecher beschützt, auch in der Fabrik ist ein Wachtamt etabliert. Streikende und Nichtstreikende sind vor den Revolvern der Streikbrecher nicht sicher. Am Dienstag besaßte sich eine von 600 Personen besetzte Versammlung mit dem Streit, von der Firma waren einige Gelbe als Zuschauer anwesend. Zu gleicher Zeit, als die Versammlung stattfand, wurde auch im Stadtparlament der Streit besprochen. Vom Bürgermeister wurde nach lebhafter Diskussion eine den Streikenden günstige Zulage gegeben. Die Sympathie der Bevölkerung ist auf Seiten der Ausständigen, die gegen den gelben Werkverein und dessen terroristische Maßnahmen, sowie gegen die fortwährenden Schlägen einiger Meister, wie auch gegen die immerwährenden Lohnabsätze den Kampf zu führen haben. Das Lager der Firma ist jetzt geräumt, die Produktion stockt, Aufträge können nicht erledigt werden, und es fehlen die eingerichteten Arbeitskräfte. — Überall ist auf strengste Fernhaltung des Zuguges zu achten.

Mühlenerbeiterstreik. In dem Mühlenerbetriebe der bekannten Firma Simmer in Grünwinkel, zu der auch eine Brauerei und Brennerei mit Preßesefabrik gehört, haben 60 Arbeiter wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die Firma lehnte die Unterhandlung über die geforderten Wochenlöhne ab und bot Zulagen von 15—20 Pfg. pro Tag als äußerstes. Dieses Angebot lehnten die Arbeiter ab und legten einmütig die Arbeit nieder.

Nach 350 ausgesperrte christliche Metallarbeiter in Meiden i. W. In den Vereinbarungen, die bei Abschluß des Kampfes in der Meidener Metallindustrie getroffen wurden, hieß es, daß die Arbeit nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse wieder aufgenommen werden soll und daß Maßregelungen nicht stattfinden. Die Unternehmer begründeten die Nichterfüllung dieser Bestimmungen damit, daß die Betriebsverhältnisse weitere Einstellungen nicht gestatten. Die Stimmung der christlich organisierten Metallarbeiter wird dadurch keineswegs verjüngt, da sie die Nichterfüllung als Maßregelungen betrachten.

Die streikenden christlichen Färber Krejfelds weigern sich, der Aufforderung ihrer Führer, die Arbeit aufzunehmen, nachzukommen. Die Betriebe sind am 3. April geöffnet worden. Die Ausperrung ist damit aufgehoben. Nicht ein einziger christlicher Färber ist zum Streikbrecher geworden. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat beschlossen, alle im Streik ausstehenden christlichen Färber auf Verlangen zu unterstützen. Die Regierung hat 150 Gendarmen in das Streikgebiet beordert.

Eine Entscheidung über den § 153 der Gewerbeordnung. Gelegentlich eines Erdarbeiterstreiks in Kehl sollen zwei Streikende den Versuch gemacht haben, die Laufburschen durch Drohungen vom Gang zur Arbeit abgelenken zu haben. Ein dritter Erdarbeiter war beschuldigt, zu den Laufburschen über einen abwesenden Maschinenführer Drohungen ausgeprochen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Bestrafung nach § 153 der G.-O. Das Schöffengericht Kehl schloß sich dem Antrag des Verteidigers an, der ausführt, ein Vergehen gegen § 153 der G.-O. setz' voraus, daß eine Arbeitseinstellung derer vorliege, zu denen der Beschäftigte gehöre. Diese Voraussetzung sei objektiv erforderlich; auf die Absicht des Angeklagten käme es nicht an. Das Gericht sprach den dritten Angeklagten frei, während die beiden anderen Angeklagten nur wegen Nötigung 15 resp. 25 Mark Geldstrafe erhielten.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Streikflüchtling stand dieser Tage in der Person des 41 Jahre alten, in Österreich geborenen Arbeiters Franz Nitsche vor dem Chemnitzer Landgericht. Er verbüßt gegenwärtig eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis, zu der ihn die Landgerichte Zwickau und Gera verurteilt haben. Dabei hatte es sich um gemeine Betrügereien gehandelt, die er zum Schaden von Streikflüchtlingen ausgeführt hatte. Zwei solcher Fälle bildeten wiederum Gegenstand der Anklage. Dieser Mensch hat von Zeit zu Zeit davon gelebt, daß er Städte besuchte, wo gestreikt wurde. Da stellte er sich den Streikposten und dem Streikbureau vor mit der Angabe, er sei von einem befreiten Fabrikanten mit einer Anzahl Kollegen zur Arbeit angenommen worden, sei aber bereit, die Arbeit nicht anzutreten und auch seine Kollegen wieder zur Arbeit zu veranlassen, wenn er für sich und seine Kollegen das Reßgeld vom Streikbureau erhalten würde, da sie sämtlich mittellos seien. Wie anderwärts, glückte ihm dieser Schwindel sowohl in Geyer, als auch in Kunnersdorf bei Augustsburg. Man war nicht vorsichtig genug, sich die angeblichen Kollegen vorstellen zu lassen, sondern glaubte dem Gauner, dem in jedem dieser beiden Fälle 20 Mk. bares Geld angehändigt wurde. Das war für den Gauner ein schönes, glattes Geschäft. Er gab in der Verhandlung den Schwindel ohne weiteres zu; er habe die falschen Vorpiegelungen lediglich gemacht, um auf leichte Weise zu dem Gelde zu kommen. Das Gericht erkannte unter Einschluß der obengenannten Strafe auf eine Gesamtstrafe von zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis und drei Jahre Ehrenrechtsverlust; dem Wunsch Nitsches, auf Zuchthaus zu erkennen, damit die Strafzeit eine kürzere werde, kam das Gericht nicht nach.

Wie eine „Gnädige“ ihr Dienstmädchen betrog. Ein inprücher Fall von Diensthöhenbetrug kam kürzlich vor einer Karlsruher Strafkammer zur Verhandlung. Eine Privatierin in Karlsruhe, die in den „hep“ Kreisen verkehrte, die in der Gesellschaft tonangebend war und als ganz außerordentlich renommiert bekannt gewesen ist, geriet im Vorjahre in Konkurs, in dessen Verlauf gegen die Dame mehrere Betrugsanklagen erfolgten. Neben vielen anderen Leuten, die um große Beträge geprellt wurden, brachte die fromme Dame auch ihrer früheren Dienstmädchen um 6000 Mark und 3200 Mark. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß die

fromme Dame mit der katholischen Geistlichkeit in Nürnberg in innigster Freundschaft lebte und sehr häufig für kirchliche Zweite Stifftungen machte. Unter anderem hatte die Dame, deren Wohnung mit Heiligenbildern und Gebetbüchern vollgepfropft war, für eine Kirche in Feucht bei Nürnberg 2000 Mark. Einem katholischen Geistlichen kaufte die Dame, als sie schon längst nur von zusammengeborgtem Gelde lebte, ein Fahrrad um 200 Mark. Das eine der Dienstmädchen war 19 Jahre bei der frommen Dame. Als dieses Mädchen etwa 1200 Mark auf der Sparkasse hatte, wurde es von der „Gnädigen“ veranlaßt, das Geld zu erheben und dafür Papiere zu kaufen. Den Kauf der Papiere besorgte alsdann die „Gnädige“ selbst. Das naive Dienstmädchen ließ es sich auch gefallen, daß die „Gnädige“ die Verwaltung der Papiere übernahm. Von jener Zeit ab ließ das Dienstmädchen den größten Teil ihres Lohnes bei der Herrin stehen, so daß sich dieser mit den Zinsen im Laufe der 19 Jahre auf 6000 Mark summierte, wobei das Mädchen äußerst sparsam war und sich nur das Allernotwendigste beschaffte. Jetzt sind die 6000 Mark verloren. Ein zweites ehemaliges Dienstmädchen, das jetzt mit einem Buchbindermeister verheiratet ist, wurde öfters mit einem Besuch der ehemaligen Herrin beehrt, wobei der Buchbindermeister, die die „Gnädige“ noch für reich hielt, nach und nach 3200 Mark abgeknöpft wurden, darunter die letzten Sparpennige der Eheleute. Nicht nur das, der Buchbindermeister machte sogar noch Schulden, um der Privatierin aus der angeblich momentanen Verlegenheit zu helfen. Charakteristisch ist, daß die fromme Dame — die in den „hep“ Kreisen Nürnbergs verkehrte — nicht mal wußte, wieviel Erdteile es gibt und wo Frankreich liegt. Die fromme Dienstmädchenbetrügerin, die, wie sie mit Stolz erklärte, im Institut der englischen Gräulein erzogen bzw. ausgebildet wurde, kam mit der geringen Strafe von 5 Monaten Gefängnis davon.

Aus Nah und Fern.

Unter schwerem Verdacht. In der Nacht zum Donnerstag wurde in Böckensee der 18 Jahre alte Kutcher Max Krüger aus der Neuen Hochstraße in Berlin unter dem dringenden Verdacht verhaftet, seine Braut, die 23 Jahre alte Aufwärterin Helene Diebig aus Wilmersdorf in Wasser geworfen und so ihren Tod herbeigeführt zu haben. Krüger leugnet zunächst noch, mit dem Vorfall irgendeine Verbindung zu stehen. Er behauptet vielmehr, das Mädchen habe ohne sein Wissen Selbstmord begangen.

Familiendrama. Als in Misppe bei Schwelm (Westf.) die von ihrem Mann getrennt lebende Frau des Arbeiters Fehdel mit ihrem Sohn und Schwiegersohn die bisherige Wohnung betrat, um ihre Sachen herauszubolen, drang Fehdel auf die Frau ein, töte t e den ihm entgentretenden Schwiegersohn durch einen Stich ins Herz und verfechte seinen eigenen Sohn schwer. Die Frau blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Ungetreuer Kassierer. Der Kassierer Wohlsein des Kartells der freien Gewerkschaften in Essen a. d. Ruhr wurde wegen Unterschlagung von 6000 Mark Gewerkschaftsgeldern verhaftet. Schlagwetterexplosion auf Zeebe Schleswig. Wie aus Hörde gemeldet wird, ereignete sich bei der Freitag Morgenlicht eine Explosion in der Lagerung der Wetter. Vier Bergleute der gerade eingefahrenen Schicht wurden lebensgefährlich verletzt, während es den übrigen gelang, sich zu retten. Die Ursache der Katastrophe ist noch nicht festgestellt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Bahnsturz. In der städtischen Irenanstalt Herzfelde stürzten sich während eines Spazierganges in dem Anstaltsgarten vier Geistesranke auf die beiden die Aufsicht führenden Pfleger und verletzten sie mit abgebrochenen Schmelbeinen, die sie unter den Kleidern verborgen hatten, niederzuschlagen. Die beiden Beamten vermochten sich der Angreifer zu erwehren und zwei nach heftiger Gegenwehr zu überwinden. Den beiden anderen ist es gelungen, über die Anstaltsmauer zu klettern und zu entkommen.

Feuer im Schiff. Der deutsche Dampfer „Anhe“, der auf der Fahrt von Hamburg nach Millwaall begriffen war, hat Feuer gefangen und ist an den Sandbänken von Sheerneck gestrandet. Die Besatzung von 7 Mann wurde gerettet. Matrosen von englischen Kriegsschiffen leisteten Hilfe. Ein Schoner, der von der Admiralität gesandt wurde, schleppte den Dampfer in den Hafen von Sheerneck, wo das heftige Feuer durch starkes Spritzen völlig gelöscht wurde.

Bergifteter Katak. Zwei Knaben im Alter von sieben und neun Jahren fanden am Donnerstag in Freiburg (Breisgau) auf einem Schuttabladeplatz eine Konservebüchse, in der sich offenbar mit Rotengift vermischter Katak befand. Nachdem beide von dem Inhalt der Büchse genossen hatten, erkrankten sie alsbald unter Vergiftungs-Erscheinungen. Der jüngere Knabe ist noch in der Nacht gestorben. Den älteren hoffen die Ärzte am Leben zu erhalten.

Die Landung des deutschen Zeppelin-Luftschiffes auf französischem Boden gab der Sensationspresse wieder einmal Gelegenheit zu allerlei überflüssigen Vermutungen und Kombinationen. Inzwischen hat das Luftschiff den französischen Boden bereits wieder verlassen. Eine in der „Agence Havas“ veröffentlichte amtliche Note gibt bekannt: Sobald die Regierung verständigt worden war, daß ein deutsches Luftschiff in Lunéville gelandet sei, ordnete sie die sofortige Untersuchung an, mit der die Militärbehörde betraut wurde. Die Untersuchung wurde von dem General Lescot und dem händigen Generalinspektor des Militärflugwesens General Firschaer unter dem Beisand desUnterpräkten von Lunéville, Lacombe, vorgenommen. Die Untersuchung ergab, daß das Luftschiff Privateigentum der Zeppelin-Gesellschaft ist, und daß die drei Offiziere, die sich an Bord befanden, die Abnahmekommission bildeten. Aus der Untersuchung geht gleichfalls hervor, daß das Luftschiff korrekterweise landete, als es bemerkte, daß es sich über einer französischen Garnison befand. Es hatte die Orientierung vollständig verloren. Der Hauptmann George, der Vorsitzende der Abnahmekommission, gab sein Ehrenwort, daß weder er noch seine Gefährten irgendeine Beobachtung betreffend die nationale Verteidigung gemacht hätten. Unter diesen Umständen ist man übereingekommen, das Luftschiff sogleich abfahren zu lassen, was übrigens wegen der möglichen Havarie sehr dringend erscheint. Dann würden die Offiziere in der Eisenbahn durch einen Sonderkommissar bis zur Grenze nach Arricourt begleitet werden. — Kurz vor der Abfahrt des Ballons erlebten die Zuschauer noch einen angsteinflößenden Augenblick. Um 11 Uhr trieb ein Windstoß den Ballon in die Höhe und mit ihm 30 Soldaten, die ihn hielten. Es war ein angsterfüllter Augenblick. Alles rief: Loslassen! worauf die Soldaten sich zur Erde fallen ließen. Dann senkte sich die Spitze des Luftschiffes und näherte sich bis zu zwei Metern dem Boden. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, begab sich die Mannschaft durch den Laufgang in die hintere Gondel. Um 12 Uhr wurde der Befehl zum Aufstieg gegeben. Das Schiff hob sich sofort, schwebte aber noch eine Stunde über dem Plage in der Luft, da es gegen heftigen Wind zu kämpfen hatte, der es nach Norden abtreiben wollte.

Das Zeppelinluftschiff „L. 3. 4“ passierte am 4. April um 3 Uhr bei Die die französische Grenze, schwebte um 4 Uhr über dem Luftschiffplatz Frescati bei Mex und schied sich zum Landen an.

Ein Mord aus Rache. Aus Rache hat der 27-jährige Buchbinder Ackermann in der Erzgießereistraße in München den Schneidermeister Pfingst erschossen. Der Täter wurde verhaftet.

Fünf Arbeiter von einer Lavine verschüttet. Eine Lavine, die an der Furtabahn bei Gletsch niederging, verschüttete fünf Arbeiter. Drei Arbeiter wurden tot, zwei schwer verletzt aufgefunden.

„Lasset die Kindlein zu mir kommen.“ In der Sonnabendnummer der „Württ. Ztg.“ vom 29. März ist folgendes Inserat enthalten:

„Reinbottwar. Von 5 Kindern müssen von der Ortsarmenbehörde 2 Knaben im Alter von 4 und 2½ Jahren und 1 Mädchen im Alter von 5 Jahren untergebracht werden. Gefällige Anträge erbeten an Schultheiß Matthes.“

Wo bleiben denn da die vielgepriesenen Pächter der christlichen Nächstenliebe? Es ist doch charakteristisch für die heutige Gesellschaft, daß drei unschuldige Kinder auf solche Weise an den billigsten Erzieher verhandelt werden müs-

sen. Ein Wort der Kritik an diesen trostlosen Zuständen sucht man freilich vergebens in der — Sensationspresse.

Die Rache der Suffragetten. Um gegen die Verurteilung der Suffragettenführerin Frau Parthuis zu protestieren, hat eine Anzahl Suffragetten im Gemäldemuseum von Manchester wie Vandalinnen gehandelt. Sie begaben sich, mit schweren Hammer bewaffnet, in das Museum, wo sie 13 der wertvollsten Gemälde vollständig demolierten. Die Polizei konnte nur drei der Demolierungsjüchtigen verhaften, den übrigen gelang es, zu entkommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwaib. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Garantiert rein deutsche Honigarten in Zusammenstellung mit Raffinade **Bienenfleisch**

Komitees und Kommissionssitzungen

1. Distrikt.
Heute, Sonnabend, 5. April (2896) abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.

12. Distrikt.
Montag 8 1/2 Uhr bei Groth. (2894)

4. Distrikt.
Versammlung Montag abend 8 1/2 Uhr. (2906)

Sozialdemokratischer Verein Malente.

Am Donnerstag, dem 3. April, verstarb infolge Unglücksfalles im Krankenhaus in Kiel unser Genosse, der Fuhrmann

Heinrich Sietz im Alter von 53 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am 7. April, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus statt. Die Genossen versammeln sich zur Teilnahme präzise 2 1/2 Uhr im „Würgerheim“.

Herzlichen Dank allen denen, die meinem lieben, unvergesslichen Manne die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, insbesondere dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, dem Sozialdemokratischen Verein und dem Radfahrer-Verein für die schönen Kränze. Im Namen der Familie (2907) Frau Fey geb. Herrmann.

Gesucht zum 1. Mai ein (2901)

tüchtiges Mädchen

Hotel Kronprinz, Schwartau. Gesucht zum 1. Mai ein

ordentliches Mädchen Lindenberg, (2863) Krempelesdorfer Allee 22.

Gut möbliertes Zimmer für zwei junge Leute oder junge Mädchen. (2864) Dornstraße 15.

Ein gutes Logis zu vermiet. (2898) Schwartauer Allee 88, II.

Eine Wohnung zum 1. Juli zu verm. Nr. 165 Mt. (2899) Glöwstraße 42a.

Zwei-Stuben-Wohnung mit all. Zubehör zu vermieten. (2872) Glöwstr. 76.

Eine Wohnung mit Stall und Garten zu vermieten. Preis 170 Mt. (2910) G. Stamer, Genin.

Zu vermieten zum 1. Juli eine **Zwei-Stuben-Wohnung.** Zu besetz. nach 10 Uhr vorm. Preis 165 Mt. (2913) Sundestraße 28.

Gef. zum 1. Juli p.d.L. **Zwei-Zim.-Wohnung** v. 2 Zim. ohne Kind. Ang. mit Nr. u. P 10 an die Exp. (2870)

1 Hängelampe u. Zuckererbse (Pfund 50 Pfg.) zu verkaufen (2902) Gneisenstraße 6.

Pilanzkartoffeln (Frühforten) zu verkaufen. (2897) Wakenitzmauer 1 b. part. Spargel- u. Magnum-bonum-Pflanzkartoffeln zu verkaufen. (2868) Kerkirastraße 34.

Partie gute **Magnum-bonum-Kartoffeln** zu verkaufen. (2867) Moislinger Allee 50 b. Billig zu verkaufen **1 Sportwagen** mit Gummitreifen, **1 eiserne Bettstelle** und **Pflanzkart.** 2. lange. (2880) Näh. Ludwigstr. 84, p. 1. **Leere Zigarrenkisten**, Stck. 2 Pfg. und eine **Ampel** billig zu verkauf. (2887) Alffstraße 38, I.

Kochen-Pflanzkartoffeln und **Große Bohnen** billig zu verk. (2878) Kottwitzstr. 29. pt.

Gesucht ein (2903) **gebraucht. kl. eiserner Herd.** Angeb. unt. S S an die Expd.

Ia. Kartoffelland wird vermessen Sonntag, 6. April, morg. 7 Uhr, hinter Hartwigs Baumschulen, Eing. Triftstr., □ Nr. 60 &. (2829) **Gehr. Reshöft.**

Kartoffelland wird vermessen am Sonntag, dem 6. April, vormittags 10 Uhr, von meinen Ländereien am Ende der Einsiedelstraße. (2871) **Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/16.**

Kartoffelland wird vermessen am Sonntag, dem 6. April, morgens 7 1/2 Uhr. (2876) **Callies, Westoc.**

Herzlicher Sonntagsdienst am 6. April von 1 Uhr ab. (2885) **Dr. med. Pühmeyer, Marktstr. 15 c.** **Dr. med. Pés, Königstraße 69.** **Dr. med. Dinkgraeve, Moisl. Allee 22**

Frühen Lachs-Abfall Paket 30 Pfg. **Schnitzel-Lachs** Paket 20 Pfg. empfiehlt **P. Tretow, Schumacherstraße 27.**

Kartoffeln. Lauenburg, Eierkartoff. 10 Pfd. 45 & Gelbe lange Kartoff. 10 Pfd. 40 & Wa. Magnum bonum 10 Pfd. 30 & pr. Ztr. 2.40 Mk. (2888) empfiehlt **Johann Piel, Warendorferstraße 41.**

Uhren u. Goldwaren empfiehlt 2912 **Willi Westfeling** 32 Holstenstraße 32

Erstklassige Kautabake v. Grimm & Triepel, Nordhausen sind überall zu haben. 291

Täglich in allen Verkaufsstellen: Frisches **Kraft-Dauer-Brot** C. Siemers, Struckmühle. (103) Fernsprecher 1110.

Bekanntmachung.
Es wird empfohlen zu kochen:

Montag	Knorr-Geflügelsuppe
Dienstag	„ 7 Schwabensuppe (Eierfiguren)
Mittwoch	Knorr-Pariserjuppe
Donnerstag	„ Weibertreusuppe
Freitag	Knorr-Spargelsuppe
Sonnabend	„ Eierpätzlsuppe
Sonntag	Knorr-Reisuppe

Jeden Tag für 10 Pfennig 3 Teller feine Suppe.
Nach dem Urteil der Kenner sind 2874

Knorr-Suppen — die besten.

Achtung Radfahrer!
Heute Sonnabend verlege ich mein Fahrradgeschäft von Regidienstraße nach **Königstrasse 123.**
Empfehle neue Räder mit Freilauf von 60 Mk. an. Starke Geschäfts- und Arbeiter-Räder, Ia. Marke Ex-Stator und Panther. Mäntel, 1 Jahr Garantie 5.30 Mk. an. Gebirgsreifen 4 Mk. an. Sämtliches Zubehör und Reparaturen äußerst billig. **Fr. Kempke, jetzt Königstraße 123.**

Hintze & Stech
Möbelfabrik,
Moislinger Allee 64. **Lübeck.** Telephon No. 1106.

Nachstehende Wohnungseinrichtung, bestehend aus: 2914

1 Herrenzimmer, enthaltend:	1 Wohnzimmer, enthaltend:
1 Bücherschrank	1 Buffet
1 Schreibtisch	1 Ausziehtisch
1 Sofa mit Umbau	1 stummer Diener
4 Stühle	4 Lederstühle
1 Tisch	1 Palmständer
	komplett Mk. 236
	1 Küche, aus astreinem pilsch-pine Holz, Platten u. Linoleum belegt, enthaltend:
	1 Schrank
	1 Tisch
	2 Stühle
	1 Halter
	komplett Mk. 85
1 Schlafzimmer, enthaltend:	Zusammenstellung:
1 Kleiderschrank, Stübig, mit Glas	Herrenzimmer Mk. 425
2 Betten mit Spiralmatratzen und Schonerdecken	Wohnzimmer „ 236
2 Nachtschränke mit Marmor	Schlafzimmer „ 198
1 Waschtoblette mit hohem modernen Marmor und geschliffenem Glas	Küche „ 85
2 Stühle	Summa Mk. 944
1 Handtuchhalter	
komplett Mk. 198	

Ferner steht bei uns noch zum Verkauf:
1 wenig gebrauchtes Herrenzimmer.

Ad. Hübner, Uhren- u. Goldwarenenwerkstatt. (108) Fünfhausen 13.
1 größ. Posten Erbsenbisch, Erdbeer-, Stiefmütterchen- und Bergkleeblümpchenpflanzen billig zu verkaufen. **K. Weidemann, (2909) Krempelesdorfer Allee 42.**

Alle Straußfedern werden zu schönen **Pleureusen** gefnüpft. **A. C. Füßer, Lübeck, Schwartauer Allee 3 b. (1736)**

Saattartoffeln alle Sorten; einen Posten
Paulsens Juli-Saat (2. Lange) pro Zentner Mk. 2.50, größere Posten billiger empfehlen
Spethmann & Fischer Beckergarbe 59. Telephon 102. (2793)

Alle Sorten Brennmaterialien liefert zu billigst. Preisen frei Haus **Hans Lübcke, Wickedestr. 33-35. Teleph. 2378.** Bei Lieferung (112) ab Lager ermäßigte Preise.

Gelegenheitskauf mod. Garnitur f. nur 90 Mk., hochfeine Salongarnit. statt 225 Mk. nur 165 Mk. Musterlager **Wahmstr. 83.** Inhaber Fachmann, Ia. Referenzen. Schlafzimmern, Küchen, Vertikals, Dufette, Tisch, Schreibtische, Spiegel, Trumcaus, Sofas, Stühle enorm billig. Wüchgarnt. f. 85 Mt. (2869)

Ungezielter jeder Art verliert unter Garantie
Fr. Kröger, konz. und prakt. Kammerjäger. (2885) Kontor: An der Mauer 86. Telephon 1794.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen. Selbstgefertigte Arbeiten. Größte Auswahl.
1) Billigste Preise. Weitgehendste Garantie. **Zimmereinricht. stets vorrätig.** Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen. : Teilzahlung gestattet : Bei Barzahlung Rabatt. Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Fahrräder Mäntel, Schläuche und sämtliche Ersatzteile zu den billigsten Preisen. Reparaturen an allen Systemen werden gut und billig ausgeführt. (2889) **Max Schuitz, Wakenitzmauer 5.**

Beerdigungs-Institut Pietät 289
Heinrich Grimm Wickedestr. 49. Fernruf 1424. Uebernahme von Erd- und Feuerbestattungen. Ueberführungen mit eigenem Transportwagen.

Alle Sorten Weine und Spirituosen auch im Kleinverkauf u. Auschaut (290) empfiehlt **J. Höppner, Beckergar. 66.**
Glasscheiben aller Art billigst, auch im einzelnen. Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4.4 an. Oskar Tauchnitz, Fensterglas-Handl. Hüxterter-Allee 18. — F. 508. (405)

Arbeiter-Bildungs-Verein.
Zu unserer Vorstellung am kommenden Sonntag nachmittag sind noch Karten in der Expedition des „Lübecker Volksboten“ sowie bei der Auslosung am Sonnabend abend im Gewerkschaftshaus zu haben.
Zur Aufführung gelangt:
Agnes Bernauer Der Vorstand. 2840

Schneeweisse Wäsche

gibt Nagoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pfg. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekte beim Kaufmann.

Nagoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Nagoda machen. (280)

Trinkt

Bunteküh-Kümmel

Dampfkern- Brennerei Bunteküh.

Betten-Duве

liefert bestens und billigst. 102 Gr. Burgstr. 32.

Bienenfleiss

Allerfeinste Qualitäten deutschen Naturhonigs und Raffinade. (2509)

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen

882

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:

Moisinger Allee 60.

Waisen-Hof

Sonntag:

Gr. Tanzmusik

(316)

G. Gipp.

Gewerkschaftshaus

Lübeck, Johannisstraße 50-52

ff. gepflegte Biere. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Mittagstisch ff. von 12-2 Uhr, (67) 65 Pfg.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.

General-Versammlung

am Sonntag, dem 6. April abends 7 Uhr

im Lokale des Herrn L. Paetan Jadenburg.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht (582) Der Vorstand.

Gildetag

der St.-Gertrud-Schweinegilde

am Sonntag, dem 6. April abends 8 Uhr

im Lokale Neulauerhof.

Tagesordnung:

Abrechnung vom 1. Quartal 1913. Festsetzung der Beiträge. Antrag des Vorstandes betreffend Änderung des § 29, Absatz 2. Verschiedenes. Beiträgerbescheid. (2579)

Grosse Tanzmusik

am Sonntag, 13. April

im Gastgarten (Mühlendamm)

Hierzu ladet freundlichst ein (2561) Friedr. Wehrand, Rosengarten.

Gr. Tanzmusik

Sonntag, den 13. April:

Hierzu ladet freundlichst ein E. Dellmann, Groß-Farin.

Konzerthaus Moising.

Jedes Sonntag: (2555) Freies Tanzkränzchen.

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr. (2) H. Pagel.

Kansa-Halle

Morgen Sonntag: (2894)

Grosse Ballmusik.



Morgen Sonntag: Gr. Tanzkränzchen

Eintritt frei. (2591) Endstation Krankenhaus. Anfang 4 Uhr. L. Stamer.

Adlershorst.

Jeden Sonntag: Tanzkränzchen

Wilhelm-Theater.

Jeden Sonntag: Große Ballmusik. (113)

Weisser Engel

Jeden Sonntag: Freier Tanz. (114) Bernh. Boldt.

Gasthof am Kreuzweg

Seeretz.

Theater

mit nachfolgendem Tanzkränzchen

am Sonntag, dem 6. April. Anfang 7 Uhr. Eintritt für Theater 30 Pfg. Tanzkränzchen 40 Pfg. Hierzu ladet freundlichst ein (2561) E. Cordts.

Sozialdemokratischer Verein.

Dienstag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr
General-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1913.
2. Jahresbericht und Jahresabrechnung.
3. Wahlen nach §§ 7 und 8 des Statuts.
4. Wahl der Boten.
5. Maifeier.
6. Feier eines Partei Jubiläums.
7. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen der Mitglieder ersucht

2916

Der Vorstand.

Mitgliedsbücher sind vorzulegen.

Einem geehrten Publikum die höfliche Mitteilung, daß ich mein Restaurant

Konzerthaus Flora

welches ich seit einem Jahre an Herrn Wirthel verpachtet hatte, wieder für eigene Rechnung übernehme, und bitte ich um ferneres, geneigtes Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Max Siems.

Nebenhoffstraße Nr. 9-9a.

Gesellschaftshaus Marli.

Benefiz-Ball für die Bedienung

unter Mitwirkung des Dilettanten-Klubs „Einigkeit“ am Dienstag, dem 8. April. Anfang 8 Uhr.

Um zahlreichen Besuch bittet Die Bedienung. (2890)

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearb. Deutschl. Filiale Lübeck

Einladung

zum

Ball

am Sonntag, dem 13. April 1913

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Anfang 6 Uhr. — Ende 2 Uhr.

Das Komitee.

Preis der Karte 50 Pfg., eine Dame frei, einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe (2877)

Konzerthaus Fünfhausen.

Sonntag: Gr. Tanz. Anf. 5 Uhr. Gr. Orchester. (3006)

Konzerthaus „Flora“.

Heute Sonntag: (2891)

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr. Max Siems.

TONHALLE.

Mit dem Bild:

Schuld und Sühne,

sensationelles Drama in 3 Akten, aufgenommen im Hamburger Hafen, dem Dreiakter: (2911)

Der Nabob,

Lebenslauf eines Metallarbeiters, der Reichtum erlangt, der pikanten Komödie:

Der Zobelmantel, 2 Akte,

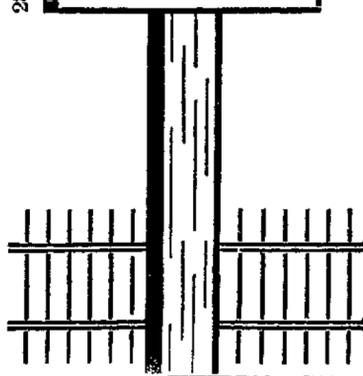
verspreche ich meinen Gästen genussreiche Abende.

Aber: Für Kinder von 1 1/2 Uhr an.

Graphische Liedertafel.

BALL

am Sonntag, 6. April, im Gewerkschaftshaus Anf. 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei, einz. Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. (2875)



Friedrichshof.

Jeden Sonntag: (824) Tanzkränzchen.

Dienstag, den 8. April: **7. Familien-Ball.**

Hierzu ladet freundlichst ein G. Müller. (2895)

Tivoli.

Wakenitzmauer 9. Große Unterhaltungsmusik. F. Hildebrand. Fernruf 9028.

Konzerthaus Zauberflöte.

Neue Kapelle!!! Erstklassige Tiroler Kapelle

„Almenrausch

und Edelweiss“

Eintritt gänzlich frei!

Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags Anfang 4 Uhr. (2866) Ludw. Kock.

Stadthallentheater.

Sonntag, den 6. April 1913, nachmittags 3 1/2 Uhr, 50 Bei 50 Pfg. Einheitspreis. 50

Charleys Tante. Martin Thiel als Charleys Tante! Abends 8 1/4 Uhr: (2917)

Das glänzende Detektivstück

Sherlock Holmes

In 4 Bildern von Bonn. Montag, 7. April, 8 1/4 Uhr: 50 Bei 50 Pfg. Einheitspreis 50 Der Kilometerfresser. Stürmischer Lacherfolg!

Neues Stadttheater.

Sonntag, den 6. April 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 167. Vorstell. im Volk-Abonnement. Opern-Preise.

Neueinstudierung:

Die verkaufte Braut.

Romische Oper von Fr. Smetana. Montag, den 7. April 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr. 168. Vorst. i. Volk-Ab. 27. B. i. Montag-Ab. Zum letzten Male:

Der Templer und die Jüdin.

Gr. romant. Oper von Max Schneer i. d. Neubearbeitung von Dr. Pfiffer. Opernpreise. (2906)

Dienstag, den 8. April 1913. Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr. 169. B. i. B.-A. 28. B. i. Dienstag-Ab. Uraufführung:

Fräulein Direktor.

Lustspiel von H. Fr. Coers u. O. Metterhausen. Schauspielpreise.

Mittwoch, den 9. April 1913. Nachmittag 4 Uhr. Ende nach 5 Uhr. Schüler-Vortrag:

„Das Meer u. seine Bewohner“

mit zahlreichen Lichtbildern. Nachmittags-Brevé.

Abends 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr. Außer-Abonnement. Kleine Preise. Auf vielfachen Wunsch:

Autoliebchen.

Beste Operette von J. Gilbert